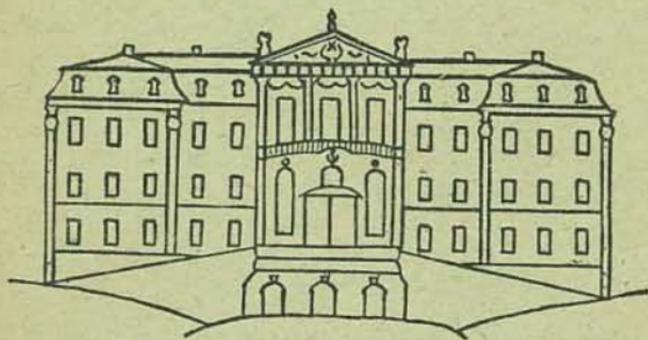


Abrüstung – der Weg zum Weltfrieden  
Wunsch und Wille der Menschheit

Von Gertrud Illing



In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- \*1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- \*4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- \*5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- 14 Günter Wirth / Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —

Die mit \* gekennzeichneten Titel sind bei der Parteileitung vergriffen.

## Hefte aus Burgscheidungen

---

### Abrüstung – der Weg zum Weltfrieden – Wunsch und Wille der Menschheit

Von Gertrud Illing

39

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

## Inhaltsverzeichnis

I. Der Abrüstungsgedanke in der Geschichte .....	3
II. Die Sowjetunion — Vorkämpferin des Abrüstungsgedankens .....	15
III. Der Kampf der Sowjetunion um die Abrüstung nach dem zweiten Weltkrieg .....	21
IV. Die ökonomische und politische Bedeutung der Abrüstung .....	29
V. Der Beitrag der Christen zum Kampf für Abrüstung und Frieden .....	35

## I.

### Der Abrüstungsgedanke in der Geschichte

„Kriege sind Menschenwerk. Sie werden von Menschen entfacht und können von Menschen verhindert werden.“

Von dieser Erkenntnis ausgehend, bemüht sich die Sowjetunion seit dem ersten Tag ihres Bestehens durch immer wiederholte konstruktive Abrüstungsvorschläge, zu verhindern, daß die Gegensätze und Streitfragen zwischen den einzelnen Staaten mit Waffen ausgetragen werden.

Angesichts der für Mai 1960 vorgesehenen Gipfelkonferenz konzentriert sich die Aufmerksamkeit aller Menschen, die den Frieden auf Erden ersehnen, auf dieses im Zeitalter der Kernwaffen und der interkontinentalen ballistischen Raketen besonders brennende Problem.

Es ist nicht das erste Mal im Verlaufe der Geschichte, daß die Forderung nach Abrüstung gestellt wird. Zum ersten Male aber wird durch die Sowjetunion diese Forderung mit jenem Nachdruck vertreten, den die Kraft von Millionen hinter ihr stehender Menschen ihr zu verleihen vermag.

Solange freilich der Krieg als „Vater aller Dinge“ glorifiziert wurde, mußten die Vorkämpfer des Friedens und der Verständigung unter den Völkern als Utopisten gelten, um so mehr, als die Macht in den Händen jener lag, die am Kriege gewannen. Und trotzdem fanden sich zu allen Zeiten und bei allen Völkern, soweit die Überlieferung reicht, Menschen, die der Friedenssehnsucht Ausdruck gaben, sei es in den heiligen Büchern der Inder oder selbst bei jenem Volke, das seinen nahezu ununterbrochenen Kriegen die Herrschaft über den größten Teil der damals bekannten Welt verdankte: den Römern.

Von einer konsequenten kriegsgegnerischen Einstellung allerdings kann erstmalig wohl bei Aristophanes die Rede sein, der in drei seiner auf uns gekommenen Komödien die Segnungen des Friedens den Leiden des Krieges gegenüberstellt. Mit der scharfen Geißel seines Spottes traf er die, welche um des Gewinnes willen in der Volksversammlung für den Krieg stimmten: die Waffenhändler.

Auch der Gedanke des „Gottesfriedens“ fand in dieser Zeit der ständigen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen griechischen Stadtstaaten Eingang, und zwar in zweierlei Form. Während der ganz Hellas vereinenden Olympischen Spiele herrschte eine vierzigtägige Waffenruhe, die zu brechen selbst das kriegerische Sparta sich scheute. Andererseits standen die bedeutendsten Heiligtümer des antiken Griechenland ständig im Schutze des Gottesfriedens, der durch den Zusammenschluß der Städte zu den sogenannten Amphyktionenbünden garantiert wurde.

Daß selbst im römischen Weltreich nicht die immerhin etwas zweifelhafte, weil auf Gewalt und Unterdrückung aufgebaute „Pax Romana“ von allen Bürgern als Friedensinstrument angesehen wurde, sondern daß auch hier schon Forderungen nach Abrüstung und friedlicher Erörterung von Streitfragen erwachsen, sei nur an wenigen Beispielen dargestellt.

Der Dichter Lucanus (1. Jahrh. n. Chr.) wünschte, daß

„das Menschengeschlecht die Waffen niederlegen und auf seine Rettung bedacht sein möge, und wechselseitig möge sich jedes Volk lieben.“<sup>1)</sup>

Aber nicht nur Dichter und Philosophen wie Ovid, Virgil, Lucretius, Juvenal, Sallust, Seneca und Marc Aurel priesen den Frieden als „göttlich“ und verdamnten „die Elenden, die Krieg führen“, sondern auch ein nüchterner Staatsmann wie Cicero erkannte

„zwei Wege, einen Streit zu beenden: die friedliche Erörterung oder die Gewalt. Das letztere Mittel ist das der wilden Tiere, das erstere ziemt sich für vernünftige Wesen.“<sup>1)</sup>

Dabei müssen wir aus den Lehren der Geschichte und besonders aus unserer eigenen Vergangenheit erkennen, daß ein auf Gewalt aufgebafter Frieden, wie es z. B. der Versailler Diktatfrieden — im Gegensatz zum heutigen sowjetischen Friedensvertragsentwurf — war, nur den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt.

Vor allem aber übte das Christentum durch das Gebot der Nächsten- und sogar Feindesliebe einen mit seiner Verbreitung immer weitergehenden Einfluß in dieser Richtung aus. Wenn auch im Zeitalter des Feudalismus die theoretische Ablehnung des Krieges durch die Kirche sehr oft in Widerspruch mit der gesellschaftlichen Praxis geriet — die Gegenwart zeigt uns leider besonders in Westdeutschland die gleichen Erscheinungen —, so finden wir im Verlauf der Geschichte in kirchlichen und Laienkreisen doch auch immer wieder hervorragende Vertreter des Friedensgedankens.

In den Anfängen des Christentums waren es neben den einschlägigen Stellen der Bibel insbesondere die Kirchenväter, die den Christen den Grundsatz der Gewaltlosigkeit einprägten und sich damit allerdings vielfach in Gegensatz zu den Forderungen des Staates stellten. Die Augustinische Trennung des Gottesstaates, der auf dem Weltreichsgedanken der Antike fußt, von dem irdischen Staat ist die Auswirkung

<sup>1)</sup> Zitiert in: Spalt, Der weite Weg. Aachen 1947.

(Anm. d. Vf.: Obwohl es sich bei dem Buche um eine Sammlung mit ausgesprochen bürgerlich-pazifistischer Tendenz, d. h. Ablehnung auch des gerechten Verteidigungskrieges, handelt, ergeben sich aus ihm für die Behandlung der historischen Seite der Abrüstungsfrage wertvolle Hinweise.)

dieses Gegensatzes zu einer Zeit, als die Verbindung zwischen Staat und Kirche gerade geboren war. Die Kirche sollte kraft der ihr verliehenen Gewalt den Frieden auf Erden verwirklichen.

Thomas von Aquino griff zu seiner Zeit diesen Gedanken des Augustinus auf und glaubte an die Errichtung eines ewigen Friedens in einem der Herrschaft des Papstes unterworfenen Weltreich, ebenso wie der Ghibelline Dante Alighieri, der große Dichter der „Göttlichen Komödie“, einen solchen von dem Universalreich der Hohenstaufen erhoffte.

Es erscheint angebracht, hier auch auf eine der umfassendsten mittelalterlichen „Abrüstungsbewegungen“, wenn auch nicht in modernem Sinne, einzugehen, die auf die Idee des hellenischen Gottesfriedens zurückgeht: die „Treuga Dei“. Zwar richtete sie sich ausschließlich auf die Beseitigung der „Privatkriege“, der Fehden des Adels, nicht auf die Abschaffung der Kriege überhaupt; doch hat die „Pax et Treuga Dei“ auch in dieser Beschränkung unzweifelhaft in jener Zeit der ungehemmten kriegerischen Auseinandersetzungen viel zum Schutze vor allem der Unbewaffneten beigetragen.

Der im 16. Jahrhundert lebende französische Dichter Pierre de Ronsard richtete an die Christen seiner Zeit einen aufrüttelnden Appell, vom Kriege zu lassen und die Waffen zu Werkzeugen friedlicher Arbeit umzuschmieden:

„Schmiedet um für immer die Spitze eures Degens / und eurer Pike zur Pflugschar; / hämmert eure Lanzen zu Sensen / und biegt eure Schwerter zu Sichel!“

Daß der Gedanke einer friedlichen Verständigung im und nach dem Dreißigjährigen Krieg einen immer größeren Kreis von Menschen ergriff und jetzt besonders im aufkommenden Bürgertum Fuß faßte, zeigte das Werk des holländischen Rechtsgelehrten Hugo Grotius „Über das Recht des Krieges und des Friedens“. Nach dem Willen des Verfassers war der Hauptzweck dieses Buches,

„jene nicht bloß des Christen, sondern jedes Menschen unwürdige Roheit, mit der Kriege willkürlich begonnen und willkürlich geführt werden und die ich zum Unglück der Völker täglich wachsen sehe, nach meinen Kräften zu mildern.“

Es ist ein Versuch, völkerrechtliche Grundsätze zur Geltung zu bringen und so dem fürstlichen Absolutismus bei der willkürlichen Entfaltung dynastischer Kriege einen Riegel vorzuschieben, wobei zugleich eine Unterscheidung zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen erfolgt. Ein aus Herrschsucht zur Unterjochung anderer Völker begonnener Krieg ist nach Grotius immer ein ungerechter.

Die von Ludwig XIV. inszenierten Raubkriege gaben selbst einer großen Zahl französischer Dichter und Philosophen, wie Boileau, der alle kriegerischen Fürsten kurzerhand als

Dummköpfe und Diebe charakterisierte, Fénelon, Voltaire u. a., Veranlassung, sich mit der Frage nach der Vermeidbarkeit der Kriege auseinanderzusetzen. Wenn Voltaire vom Kriege als einer der drei unheilvollsten Zutaten dieser armseligen Welt spricht, der uns zufällt „dank der Schrulle von zwei-, dreihundert Menschen, die über die Oberfläche dieser Kugel verteilt sind“, so zeugt das von einer fast modern anmutenden Erkenntnis.

Die bedeutendsten Vertreter der deutschen Aufklärung, Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder, ergriffen in diesem Kampf zwischen Krieg und Frieden ebenfalls Partei. In seinem Entwurf „Zum ewigen Frieden“, den Kant 1795 veröffentlichte, forderte er in einer Zeit, als die sogenannten Friedensschlüsse nur eine Atempause zwischen den Kriegen waren, als die feudale Intervention von dem französischen Volke gerade zurückgeschlagen worden war und die französische Großbourgeoisie sich anschickte, nun ihrerseits Europa zu bekriegen, als Grundlage eines Friedensvertrages:

„Es soll kein Friedensschluß als solcher gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Kriege gemacht werde.

Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören...

Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen gewalttätig einmischen.“

Als beste Staatsform erkannte er die Republik, da Kriege großenteils ihre Ursache in den dynastischen Interessen der Fürsten haben, während das Volk am Frieden interessiert ist. Zur Ausschaltung des Krieges schlug er neben der Abrüstung noch folgende Wege vor:

Schaffung überstaatlicher Organisationen, d. h. eines Völkerbundes, in dem alle Staaten vereinigt sein sollen;  
internationale Schiedsgerichtsbarkeit;  
systematische Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerverständigung.

Prof. Dr. Georg Klaus verdeutlichte in seinem Aufsatz „Kant und das Friedensproblem“ („Einheit“, H. 2/1954) die eminente Bedeutung der wichtigsten Thesen der Schrift Kants auch für unseren heutigen Friedenskampf. Er bezeichnete diese Schrift Kants als

„eines der glänzendsten Dokumente des Humanismus der Aufklärungszeit. Sie ist erfüllt von dem Glauben an den Sieg der menschlichen Vernunft. Kant ist davon überzeugt, daß der ewige Friede nicht ein fernes, niemals erreichbares Ideal ist, sondern eine Aufgabe, die nach und nach gelöst werden kann.“

Gleichzeitig verwahrt er sich mit Recht gegen die von westlicher Seite gemachten Versuche, die von Kant als ideale Regierungsform für ein Volk ersehnte bürgerliche Republik

mit den formalen Demokratien des Westens gleichzusetzen, denn das von Kant geforderte Kriterium einer „echten“ republikanischen Staatsordnung trifft für diese nicht zu. Das liegt nach Kants Auffassung nur dort, „wo es keinen unüberbrückbaren Gegensatz gibt zwischen denen, die ‚alle Drangsäle des Krieges‘ zu erleiden und die ‚Kosten des Krieges aus ihrer Habe zu geben‘ haben, und denen, die an ihren ‚Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. dergl. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßen‘. Es ist offensichtlich“, fährt Prof. Klaus in seinen Ausführungen fort, „daß dieser Gegensatz, der von Kant für den feudalen Staat festgestellt wurde, nicht — wie er hoffte — in der bürgerlichen Gesellschaft verschwand, sondern in neuen Formen besteht.“

Auch die Forderung nach Verminderung und Abschaffung der stehenden Heere kann nicht vom modernen bürgerlichen Pazifismus zur Unterstützung seiner Ideologie herangezogen werden, denn Kant schränkt diese Forderung, bei der er ja die Söldnerheere der Feudalstaaten des ausgehenden 18. Jahrhunderts vor Augen hatte, selbst ein:

„Ganz anders ist es mit der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern“ (ebenda S. 181).

In gleichem Sinne wie Kant trat Herder für die Ächtung der Kriege ein. In seinem 119. „Briefe zur Beförderung der Humanität“ hieß es:

„Der Krieg, wo er nicht erzwungene Selbstverteidigung, sondern ein toller Angriff auf ein ruhiges Volk ist, ist ein unmenschliches, ärger als tierisches Beginnen. Kann es einen abscheulicheren Anblick geben als zwei einander gegenüberstehende Menschenheere, die unbeleidigt einander morden? Und das Gefolge des Krieges, schrecklicher als er selbst, sind Krankheiten, Lazarette, Hunger, Pest, Raub, Gewalttat, Verödung der Länder, Verwilderung der Gemüter, Zerstörung der Familien, Verderb der Sitten auf lange Geschlechter... Immer mehr muß sich die Gesinnung verbreiten, daß der ländererobernde Heldengeist nicht nur ein Würgeengel der Menschheit sei, sondern auch in seinen Talenten lange nicht die Achtung und den Ruhm verdiene, die man ihm aus Tradition von Griechen und Römern her zollt.“ (Hervorhebung von mir. G. I.)

Im 19. Jahrhundert, dessen Beginn im Zeichen Napoleons stand, fand die Idee, durch Abrüstung des Krieges Herr zu werden, im bürgerlichen Lager des kriegsmüden Europa seine bis dahin größte Verbreitung. Nicht mehr einzelne Rufer waren es, die gegen den Krieg auftraten; erstmalig bildeten sich Vereinigungen, die den Kampf gegen den Krieg auf ihre Fahnen schrieben. Ihre ersten Anfänge nahm die organisierte Friedensbewegung in den angelsächsischen Ländern. Die sogenannte „Heilige Allianz“ dagegen verfälschte die von ihren

Gründern aufgegriffene Völkerbunds-idee der bürgerlichen Aufklärer im Sinne der Restauration zu einem Instrument der Unterdrückung ihrer Völker.

In Deutschland organisierte sich die bürgerliche Friedensbewegung erstmalig 1892. Vorgegangen war die Gründung der österreichischen Friedensgesellschaft durch die Schriftstellerin Bertha von Suttner, die — selbst aus den Kreisen des hohen österreichischen Militärs stammend — in ihrem Roman „Die Waffen nieder!“ eine flammende Anklage gegen jeden Eroberungskrieg erhoben hatte.

Auf den alljährlich stattfindenden Internationalen Friedenskongressen, die mit den Tagungen der 1888 von englischen und französischen Parlamentariern gegründeten Interparlamentarischen Union verbunden wurden, sollte die Arbeit der einzelnen Verbände auf internationaler Ebene koordiniert werden. Diese Versuche einer internationalen Zusammenarbeit konnten jedoch nicht die Aufspaltung beseitigen, die durch religiöse, politische und weltanschauliche Unterschiede bereits um die Jahrhundertwende entstanden war. So glitt vor allem der deutsche bürgerliche Pazifismus — einst erwachsen als Reaktion gegen den das Leben in Deutschland beherrschenden preußisch-deutschen Militarismus — immer mehr in einen antinationalen Kosmopolitismus ab und wurde damit trotz des unleugbar vorhandenen guten Willens vieler Einzelmitglieder zum bewußten oder unbewußten Handlanger des Imperialismus.

Jener gute Wille ist — trotz des Versagens der pazifistischen Bewegung als Ganzes — vielen ihrer Vertreter und Anhänger nicht abzuspüren. Wir finden unter ihnen bekannte und berühmte Namen, die auch heute noch Klang und Ruf besitzen. Aus der Vielzahl seien hier nur einige angeführt: Prof. Dr. Albert Einstein, Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky (die Herausgeber der „Weltbühne“), Hellmut v. Gerlach, Herbert Eulenberg, Thomas und Heinrich Mann, Kurt Eisner, Rudolf Breitscheid Martin Rade u. a. m. Auch Otto Nuschke trat gelegentlich als Redner bei Veranstaltungen der Deutschen Liga für Menschenrechte in Erscheinung.

Worin lag nun aber die Tatsache begründet, daß es der bürgerlichen Friedensbewegung trotz einiger Teilerfolge im Hinblick auf internationale Vereinbarungen in humanitärer und völkerrechtlicher Beziehung nicht gelungen ist, dem Wettrennen der Staaten ein Ende zu setzen, so daß sich bei Ausbruch des ersten Weltkrieges zwei bis an die Zähne bewaffnete Blocks gegenüberstanden?

Der Hauptgrund ist wohl darin zu suchen, daß ihre Mitglieder — größtenteils selbst in kapitalistischem Denken verfangen — die eigentliche Wurzel der Kriege nicht erkannten. Sie gingen mit falschen gesellschaftlichen Voraus-

setzungen und daher unzureichenden Mitteln an die Lösung der Aufgaben. Sie übersahen, daß es nicht genüge, gegen die These von der Unvermeidbarkeit der Kriege anzukämpfen. Sie erkannten nicht oder wollten nicht erkennen, daß die den Ausbeuterordnungen innewohnenden Widersprüche Kriege tatsächlich unvermeidbar machten und daß diese Widersprüche um so heftiger aufeinanderprallen mußten, je kleiner die Erde wurde, je weiter die Aufteilung der Welt fortgeschritten war.

Ein weiterer Grund für die Erfolglosigkeit ihrer Bestrebungen liegt darin, daß sich wohl eine große Anzahl bedeutender Künstler und Wissenschaftler mit ihnen solidarisch erklärten und teilweise selbst hohe Offiziere in ihren Reihen zu finden waren, daß aber kaum Politiker und Diplomaten den Weg zu ihnen fanden, mochten diese auch ihre und ihrer Regierungen Friedensliebe noch so oft beteuern. Daraus aber ergibt sich, daß ihr politischer Einfluß gleich Null war, auch wenn es gelang, durch eine intensive Propaganda dem Friedensgedanken in breiten Kreisen des Bürgertums Eingang zu verschaffen.

Von weitaus größerer Bedeutung für die Durchführung der Abrüstung als der bürgerliche Pazifismus war bereits vor Ausbruch des ersten Weltkrieges der Kampf der organisierten Arbeiterklasse, auch wenn die Parteiführungen fast aller sozialdemokratischen Parteien zu jener Zeit dem Revisionismus verfallen waren und schließlich bei Kriegsausbruch die von ihnen selbst gefaßten Beschlüsse von Stuttgart und Basel verrieten. Hier, in der Masse der Arbeiterschaft, war das zu finden, was der bürgerlichen Friedensbewegung fehlte: das klare Erkennen der wahren Ursachen des Krieges und die internationale Solidarität der Menschen, die in allen Kriegen deren Hauptlast zu tragen hatten. Hier lag und liegt auch die Kraft, die allein den Kriegen ein Ende bereiten kann. — Der norwegische Dichter Björnsterne Björnson gab dieser Erkenntnis Ausdruck, als er sagte:

„Die Völker haben ein Recht auf Frieden: das Recht der Mehrheit auf Frieden. Fragen Sie den Arbeiter, ob er Krieg will, ob er sein Geld und seine Arbeit dem Krieg geben will, so wird er ‚nein‘ antworten. Der Krieg ist ihm eine kostbare Auslage geworden, die er nicht auf sich nehmen kann oder mag. Fragen Sie den Bauer, ob er seine Söhne weghaben will von der friedlichen Arbeit, und er wird ‚nein‘ antworten. Im Arbeiter und im Bauern haben wir die meisten vor uns. Aber fragen Sie den Kleinbürger, so wird er den Vorteil berechnen und zu dem Resultate kommen, daß der Krieg nicht den sichersten Gewinn einbringt. Also können wir sagen: Neun Zehntel der Bevölkerung halten den Krieg für eine Abscheulichkeit und glauben nimmer, daß er zu irgendwelchem Glück führt. Den Krieg verteidigt und des Kriegs bedarf nur das Zehntel, das übrigbleibt, die Oberklassen oder besser die oberste Klasse der Oberklassen. Es ist das für sie ein Standesgewerbe.“

Diese Rechnung Björnsons fand übrigens ihre Bestätigung durch das Ergebnis einer inoffiziellen Volksabstimmung, die ein Bauer in 6 Städten der Provence durchgeführt hatte. Die befragten Wähler seines Distrikts stimmten zu 90 % für die sofortige vollkommene Abrüstung durch Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Vernichtung alles Kriegsmaterials bis zu einem bestimmten Tag.

Auf drei internationalen Sozialistenkongressen — in Stuttgart, in Kopenhagen und in Basel — faßten die Parteien der II. Internationale unter dem Eindruck der wachsenden Kriegsgefahr vor 1914 entscheidende Beschlüsse über ihre Haltung im Falle eines imperialistischen Krieges. Es waren besonders die Vertreter des revolutionären linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie und die russischen Bolschewiki, die in dieser Frage eine entschiedene, kompromißlose Einstellung zeigten. Sie kommt zum Ausdruck in dem von Lenin und Rosa Luxemburg eingebrachten Zusatzantrag zur Resolution von Stuttgart 1907:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Vom gleichen Geiste waren auch die Schlußworte des Manifestes getragen, das am Ende des Kongresses in Basel 1912 angenommen wurde, zu einer Zeit also, als die Vorpostengefechte vor dem ersten Weltkrieg bereits im Gange waren. Mit diesen Worten wandte sich das Manifest an die Proletarier aller Länder:

„Verkündet Euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!“

Mit diesen Aufrufen und Beschlüssen führten die Parteien der II. Internationale unter dem Einfluß der entschiedenen revolutionären Kämpfer und unter dem Druck ihrer Mitglieder die Tradition der Arbeiterbewegung als Vorkämpferin gegen Aufrüstung und imperialistischen Krieg fort. Hatten doch schon Marx und Engels sich gegen den kapitalistisch-junkerlichen Raubkrieg gegen das französische Volk gewandt, zu dem sich der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 nach der Schlacht bei Sedan gewandelt hatte. Marx und Engels hatten damals die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert, für den Abschluß eines gerechten Friedens mit Frankreich zu kämpfen.

Die Leitung dieses Kampfes lag in den Händen von Bebel und Liebknecht, die ungeachtet der sich für sie daraus ergebenden Gefahr sich entschlossen gegen die Weiterführung des Krieges wandten und im Norddeutschen Reichstag — freilich als einzige, da sie in diesem Reichstag ja noch die alleinigen Vertreter der Arbeiterklasse waren — die Bewilligung von Kriegskrediten ablehnten.

Bis zu seinem Tode blieb August Bebel ein erbitterter Gegner des deutschen Militarismus und „mobilisierte in zahlreichen Reden und Schriften die Arbeiterklasse und die Volksmassen gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg“ (Dieter Fricke in „Zum 120. Geburtstag August Bebels“, Z. f. G. 2/60, S. 291).

Prophetisch schrieb er bereits 1893:

„Der Militarismus lastet wie ein Alp auf ganz Europa... Als ein Riesenpolyp durchwuchert er das Volksleben und nimmt die besten Kräfte und Säfte der Nationen für sich in Anspruch. Und seine Ansprüche werden immer größer, ohne daß er die Sicherheit, die er bieten soll, wirklich bietet. Im Gegenteil, die Kriegsgefahr wächst mit der Größe der Heere und der Furchtbarkeit ihrer Ausrüstung, und findet ein Zusammenstoß dieser Riesenheere statt, so erfolgt eine Katastrophe, die alles weit hinter sich läßt, was Europa bisher erlebte.“

Haben schon der erste und der zweite Weltkrieg die Richtigkeit dieser Erkenntnis bestätigt, um wieviel mehr trifft sie zu im Zeitalter der Atomwaffe! Und wenn er in der gleichen Schrift weiter ausführt, daß die Sozialdemokratie der Ansicht ist,

„daß die Politik jedes Staates auf die Verständigung und Versöhnung der Völker gerichtet sein muß, daß der Wettstreit zwischen den verschiedenen Nationen nicht darin bestehen darf, wer die besten Mordwerkzeuge und die größten Armeen besitzt, sondern wer für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit das größte und meiste leistet“,

so liegt darin nicht nur eine entschiedene Absage an die von der heutigen westdeutschen SPD so bereitwillig unterstützte „Politik der Stärke“, sondern auch der Beweis, daß das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion es ist, das diese besten Traditionen auch der deutschen Sozialdemokratie fortführt.

Nach Bebels Tod sind es weiterhin die Vertreter der deutschen Linken, die gegen den in der Parteiführung der SPD immer mehr um sich greifenden „Sozialchauvinismus“ Stellung nehmen: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und ihr engerer Kreis. Sie führten, unterstützt von den Massen der Arbeiterschaft und besonders von der am stärksten bedrohten Jugend, bis zum Kriegsausbruch den Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr weiter. Wenn sie sich auch in falsch verstandener Parteidisziplin am 4. August 1914 dem Fraktionsbeschluß zur Bewilligung der Kriegs-

kredite fügten, so bezogen sie doch sehr bald wieder ihre alte Frontstellung gegen den imperialistischen Krieg. Liebknecht war es, der mit seiner Erklärung in der Reichstags-sitzung vom 2. 12. 1914 das Signal zu diesem Kampfe gab:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital... Unter Protest gegen den Krieg... lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.“

Trotz der Gefahren, die durch den über Deutschland verhängten Belagerungszustand noch verschärft wurden, trotz Einkerkerung und Terror kämpften die Führer der Linken unentwegt und unerschrocken weiter. Mit illegalen Flugblättern und bei Demonstrationen klärten sie in unermüdlicher Kleinarbeit die Arbeiterschaft über den Charakter des Krieges auf. Nur wenige Marksteine auf diesem schweren Weg seien hier genannt: die internationale Frauenkonferenz im März 1915 in der Schweiz, an deren Zustandekommen Clara Zetkin hervorragend beteiligt war, die Protestdemonstration von Berliner Frauen im Mai 1915, die von Wilhelm Pieck, unserem Präsidenten, organisiert wurde und die auch ihn ins Gefängnis führte, die zahllosen Streiks für den Abschluß eines gerechten Friedens bis zum Millionenstreik im Januar 1918 und bis zur Novemberrevolution, die zwar nicht das erbrachte, was die Arbeiterklasse sich davon erhofft hatte, aber doch das Ende des ersten Weltkrieges herbeiführte und die Monarchie stürzte. Die deutschen Fürsten gingen; es blieben allerdings die Drahtzieher, und so kam es, wie es angesichts der Spaltung der Arbeiterklasse und der Ablehnung jeder Aktionseinheit seitens der SPD kommen mußte: Mit indirekter Hilfe der SPD-Führung und trotz der Warnung Ernst Thälmanns: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ hoben die Imperialisten den Mann in den Sattel, der ihnen endlich zu der erstrebten Weltherrschaft verhelfen sollte.

\*

Unter dem Einfluß der von den Völkern in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg in immer stärkerem Maße erhobenen Forderung, internationale Streitigkeiten durch Schiedsspruch unbeteiligter Mächte zu lösen und so zu einer Abrüstung und Verminderung der immer schwerer drückenden Rüstungslasten zu kommen, wurden durch den russischen Zaren Nikolaus I. die Regierungen und Diplomaten aller Länder eingeladen, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen, die im Haag stattfinden sollte. Diese I. Haager Friedenskonferenz sollte

„die wirksamsten Mittel suchen, allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.“

Das Ergebnis der in beiden Haager Konferenzen zu Fragen der Abrüstung und des Völkerrechts geführten Verhandlungen waren die sogenannten „Haager Konventionen“ und die Errichtung des Ständigen Schiedsgerichtshofes in Den Haag. — Auf die Ursachen des Versagens dieser Institution wurde bereits oben hingewiesen. 1914 schalteten die zum Kriege drängenden imperialistischen Kräfte den Schiedsgerichtshof einfach aus.

Nach dem Kriege gewann die Idee einer internationalen Vereinigung, deren Zweck es sein sollte, der Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu dienen, wieder stärker an Gewicht. Die Völker erhofften von einer solchen Organisation die Verhütung weiterer Kriege, zumal die Kriegführung bereits im letzten Abschnitt des vergangenen durch die „Verbesserung der Kriegstechnik“ trotz aller völkerrechtlichen Vereinbarungen alle früheren an Grausamkeit übertroffen hatte.

Der Völkerbundsgedanke an sich war keineswegs neu, als der amerikanische Präsident Wilson in seinen 14 Punkten eine

„allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen, um großen und kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten“

vorschlug. Bereits im Jahre 1305 hatte der Franzose Pierre Dubois in seiner Denkschrift über die Wiedereroberung des Heiligen Landes (De recuperatione terre Sancte) die Bildung eines internationalen Staatenbundes, der Vereinigten Staaten von Europa, zur Sicherung des Weltfriedens und zur Wiedereroberung des Heiligen Landes angeregt. Das Organ dieses Staatenbundes sollte ein in Frankreich tagender Kongreß sein, ebenso wie der gesamte Plan darauf hinauslief, Europa, Nordafrika und den Vorderen Orient zu einem französischen Protektorat zu machen. Vorgesehen war ein internationaler Schiedsgerichtshof und gegen den Weltfriedensbrecher eine internationale Exekution.

Die Bedrohung Europas durch die Türken nach der Eroberung Konstantinopels dürfte die Veranlassung zu dem Plane des Böhmenkönigs Georg Podiebrad gewesen sein, ein Bündnis sämtlicher christlicher Staaten Europas herbeizuführen.

Ebenfalls auf eine französische Vorherrschaft über Europa zielte das Projekt des Ministers Heinrichs IV., Sully, das sich in erster Linie gegen die Vormachtstellung des Hauses Habsburg richtete und dieses Streben durch den Plan eines europäischen Völkerbündnisses verhüllte.

Der Abbé de St. Pierre entwarf einen „Plan des ewigen Friedens“, in dem auch eine Heeresbeschränkung vorgesehen war, da jeder Teilnehmerstaat nur 6000 Mann unter den Waffen halten sollte.

Aus der Vielzahl der sonstigen Projekte sei hier nur noch einmal Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ genannt, die ebenfalls eine Vereinigung der Völker als Garant des Friedens vorsah.

Laut Statut sollte dies auch die Aufgabe des Völkerbunds sein, dessen Bildung 1919 auf der Pariser Konferenz der Siegermächte beschlossen wurde. In Artikel 8 des Völkerbündpaktes heißt es:

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft ... die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung ... Die auf diese Weise festgestellte Grenze der Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden.“<sup>2)</sup>

Das war die Theorie, die immerhin geeignet war, in den Völkern Hoffnungen auf einen dauernden Frieden aufkommen zu lassen. Wie aber sah die Praxis aus? Die weitgehende Entscheidungsfreiheit der Mitglieder hinsichtlich der Anrufung eines Schiedsgerichtes in Streitfällen ließ diese Hoffnung schon fast illusorisch erscheinen. Der Völkerbund war seiner ursprünglichen Zusammensetzung und seinem Charakter nach lediglich ein Organ der Siegermächte, dazu bestimmt, deren Obmacht in Europa zu sichern. Weder die USA noch Rußland gehörten ihm an. Auch Deutschlands erster Versuch, ihm beizutreten, scheiterte an dem Widerstand Frankreichs. Es ist bezeichnend, daß erst nach dem Abschluß des antisowjetischen Locarno-Vertrages die Aufnahme Deutschlands von dem die Aufnahmeanträge bearbeitenden Ausschuß einstimmig empfohlen wurde.

So unvollkommen in der Vergangenheit die Versuche sein mußten, durch Abrüstung und Vereinbarungen den Krieg zu beseitigen — eines kann die Friedensbewegung für sich in Anspruch nehmen: ihre Vorkämpfer haben das Banner des Friedens hochgehalten, bis es dann die Sowjetunion mit starker Hand ergriff, um es in die Gegenwart hineinzutragen, denn:

„Der europäische Friedensgedanke hat gar nichts zu tun mit bürgerlicher Glücksphilanthropie. Er ist keine Sache geistiger Vergangenheit, sondern ganz und gar eine Sache realer gegenwärtiger Lebensnotwendigkeit und konstruktiven Willens zur Zukunft, eine durch und durch männliche Angelegenheit, — wir wollen uns darüber von heroischen Schwätzern nicht täuschen lassen.“ (Thomas Mann in seiner Ansprache beim 400jährigen Jubiläum des Katharineums in Lübeck, zit. in Spalt, Der weite Weg).

<sup>2)</sup> Kruse, Albert, Der Völkerbund. Ziele, Organisation und Tätigkeit, Frankfurt 1928, S. 11/12.

## II.

### Die Sowjetunion — Vorkämpferin des Abrüstungsgedankens

Mit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates der Welt trat der Kampf um die Abrüstung in ein neues Stadium und gewann eine völlig neue Qualität.

Das Wissen darum, daß es die werktätigen Schichten aller Völker, daß es Arbeiter und Bauern sind, die in den Kriegen ihrer Ausbeuter einander gegenüberstehen und die in jedem Kampf den größten Blutzoll zu entrichten haben, mußte zu der einzig richtigen Schlußfolgerung führen, daß es für einen sozialistischen Staat in diesem Problem nur eine Stellungnahme geben konnte: Kampf dem Kriege und allen denen, die an ihm verdienen wollen! Man konnte nicht alle Kraft und alle Mittel einsetzen und eine Gesellschaftsordnung aufbauen, die dem Wohle aller arbeitenden Menschen dienen soll, wenn man an dieser Frage vorbeiging.

Für sozialistische Staaten ist der Kampf um Abrüstung und Frieden ein im Wesen ihres gesellschaftlichen Systems begründeter, unabdingbarer Bestandteil ihres Kampfes gegen die „Entmenschlichung des Menschen“, gegen die Ausbeuter und Unterdrücker, gegen den Militarismus, der im Menschen jede Freiheit des Willens ertötet und ihn zum seelenlosen Rädchen in der Maschine des Krieges macht. Diesen zutiefst menschlichen und friedlichen Zielen sozialistischer Gesellschaftsordnung und Staatsführung entsprach und entspricht folgerichtig die jahrzehntelange konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, ihr Kampf um Abrüstung, gegen Krieg und Kriegsdrohung.

Die junge Sowjetmacht leitete den Beginn ihrer Herrschaft ein mit dem „Dekret über den Frieden“ und dem Aufruf „An Alle“, an die Völker und Regierungen der kriegführenden Mächte. Schon mit diesem Dokument zeigte der im Entstehen begriffene erste sozialistische Staat, daß seine Regierung gewillt war, den Interessen aller arbeitenden Menschen Rechnung zu tragen. Seine Forderung nach einem gerechten demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen entsprach in ihrer Zielsetzung den Wünschen der Völker, nicht allerdings den Absichten derjenigen Kräfte die diesen Krieg zur Befriedigung ihrer Weltherrschaftsgelüste entfacht hatten. Es war deshalb kaum anders zu erwarten, als daß jener Aufruf zumindest bei diesen ungehört verhallte und vom Donner der Geschütze überdröhnt wurde.

Das „Dekret über den Frieden“ war jedoch nur der erste Schritt auf dem Wege einer neuen Außenpolitik, den die Sowjetunion mit eiserner Konsequenz weiter verfolgte bis zu dem jüngsten Vorschlag einer totalen Abrüstung, den Nikita Chruschtschow als Sprecher aller friedliebenden Menschen bei seinem Amerika-Besuch im Jahre 1959 den Vereinten Nationen unterbreitete. Um diesen Vorschlag voll würdigen

zu können, muß man berücksichtigen, daß er von einem Lande ausging, das seine unleugbare Überlegenheit erst wenige Tage zuvor durch den erfolgreichen Start von Lunik II wieder unter Beweis gestellt hatte. Dabei erscheint es angebracht, sich noch einmal der früheren Versuche der Sowjetunion zu erinnern, auf der Grundlage der kollektiven Sicherheit und der friedlichen Koexistenz der Welt den Frieden zu sichern, den sie bisher so vergeblich ersehnt hatte.

Des von Lenin inspirierten „Dekrets über den Frieden“ wurde schon oben gedacht. Und selbst als nach Abschluß des Brester Friedensvertrages, der dem Wesen eines wirklichen Friedens allerdings keineswegs entsprach, die junge Sowjetrepublik durch konterrevolutionäre Umtriebe und die Intervention der imperialistischen Mächte einer schweren Belastungsprobe unterworfen wurde, gab sie ihren Kampf für den Frieden nicht auf. Obwohl die Siege der Roten Armee die Siegesgewißheit der Sowjetmacht bestätigt hatten, wandte sich die sowjetische Regierung durch das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mehrfach an die Regierungen der imperialistischen Staaten mit dem Vorschlag zur Einleitung von Friedensverhandlungen. Ebenso appellierte der Allrussische Außerordentliche VI. Sowjetkongreß an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans mit dem Vorschlag, zum Zwecke der Einstellung des Blutvergießens Friedensverhandlungen zu eröffnen (Resolution des VI. Kongresses der Sowjets der Deputierten der Arbeiter, Bauern, Kosaken und Rotarmisten am 6. 11. 1918).

Aus dem gleichen Grunde ging die Sowjetregierung auf die sogenannten „Friedensvorschläge“ der Alliierten ein und entlarvte sie durch diese Bereitschaft zugleich als das, was sie in Wahrheit waren: den Versuch, Zeit für die Verstärkung der konterrevolutionären Kräfte und die Erweiterung ihrer eigenen Position zu gewinnen. Trotz dieses Wissens um die trügerische Absicht wies der VII. Allrussische Sowjetkongreß in seinen Beschlüssen erneut darauf hin, daß

„die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik den Frieden mit allen Völkern wünscht.“<sup>3)</sup>

Er billigte die Friedenspolitik der Regierung und schlug nochmals allen Ententemächten gemeinsam und jedem Lande im einzelnen den unverzüglichen Beginn von Friedensverhandlungen vor. Die zuständigen Stellen, d. h. das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee, der Rat der Volkskommissare und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, wurden beauftragt,

„diese Friedenspolitik systematisch fortzusetzen und alle Maßnahmen zu treffen, die für ihren Erfolg notwendig sind.“<sup>3)</sup>

<sup>3)</sup> Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Berlin 1951, S. 219.

Bei diesen Bestrebungen konnte sich die Sowjetunion schon damals auf die begeisterte Zustimmung besonders der Arbeiterklasse, selbst in den am Kriege beteiligten imperialistischen Ländern, stützen. Deren revolutionärer Elan war durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution gestärkt und gesteigert worden, so daß sowohl englische als auch französische Soldaten sich weigerten, gegen die Sowjets zu kämpfen. Diese Bewegung war so stark, daß Lenin im März 1920 feststellen konnte, daß — freilich aus opportunistischen Erwägungen heraus — selbst die Kräfte gegen den Krieg Front gemacht hatten, die an sich gegen die Sowjetunion eingestellt waren. Das Verhalten der englischen Arbeiter und Soldaten zwang selbst Lloyd George zu der Einsicht, daß der Glaube an eine militärische Vernichtung der Bolschewiki heller Wahnsinn wäre.

Ihren ersten entscheidenden Sieg errang die auf die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen hinstrebende sowjetische Außenpolitik mit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo. Damit wurde nach dem Zusammenbruch der militärischen Intervention der Versuch, die Sowjetunion nun wirtschaftlich in die Knie zu zwingen und sie zu einem Anhängsel des imperialistischen Lagers zu machen, ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Die Tatsache, daß Rathenau, dieser typische Vertreter des deutschen Imperialismus, sich nur durch den Zwang der Verhältnisse zur Unterzeichnung des Vertrages bewegen ließ, mindert nicht dessen Wert für die beiden Vertragspartner.

„Mit den Streitfragen der Vergangenheit wurde aufgeräumt, statt des auf Gewalt fußenden Vertrages von Brest-Litowsk entstanden neue Beziehungen, die beiden Staaten volle Gleichberechtigung und die Möglichkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit sicherten. Die politische Bedeutung des Rapallo-Vertrages kommt in drei grundlegenden Punkten zum Ausdruck:

1. in der beiderseitigen Annullierung aller gegenseitigen Ansprüche,
2. in der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland und
3. in der wirtschaftlichen Annäherung Sowjetrußlands und Deutschlands.

... Der Vertrag von Rapallo hätte Deutschland bedeutende Perspektiven für eine weitere friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland geboten.“<sup>4)</sup>

An der ersten Bereitschaft der Sowjetunion, durch diese Vereinbarungen wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten den Frieden zu sichern und mit allen Völkern in einen friedlichen Warenaustausch zu treten, konnte wohl schon damals kein Zweifel bestehen. Die ständige Friedensbereitschaft der sowjetischen Regierung kam auch in der

<sup>4)</sup> Otto Grotewohl, Die Friedenspolitik der Sowjetunion — ein Wessenzug der sozialistischen Gesellschaft, in „Einheit“ 3/1952, S. 228.

Erklärung der sowjetischen Delegation auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua 1922 zum Ausdruck, daß sie beabsichtige,

„im weiteren Verlauf der Konferenz eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen vorzuschlagen und alle Vorschläge zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, die Lasten des Militarismus zu erleichtern“.

Es war nicht Schuld der sowjetischen Diplomaten, daß diese Vorschläge nicht den Beifall der Vertreter der imperialistischen Mächte fanden, denen an einer Befriedung der Welt ja nichts gelegen sein konnte.

Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU im Dezember 1925 wurde erneut bekräftigt, daß die Grundlage der sowjetischen Außenpolitik die Idee des Friedens sei. Der Kampf für den Frieden und gegen neue Kriege, die Entlarvung der Vorbereitung neuer Kriege wurde als die Aufgabe der Partei herausgestellt. Die Abkehr Deutschlands von Rapallo, die im Locarno-Vertrag zum Ausdruck kam, konnte von der Sowjetunion durch den Abschluß des Freundschafts- und Neutralitätsvertrages am 24. April 1926 noch einmal weitgehend wieder aufgehoben werden. Trotz der sowjetfeindlichen Einstellung der deutschen Staatsführung (Stresemann!) gelang es den unermüdeten Bemühungen der Sowjetdiplomatie, die antisowjetische Spitze des Locarno-Vertrages abzustumpfen und damit in jener Zeit der Erhaltung des Weltfriedens zu dienen.

Als die Proteste der Volksmassen gegen das Wettrüsten der einzelnen Staaten und gegen die dadurch verursachte Steigerung der Rüstungsausgaben die Regierungen der imperialistischen Mächte zwangen, wenigstens den Anschein eines guten Willens zu zeigen, und zu diesem Zwecke Kommissionen für die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen gebildet wurden, konnte man an der Sowjetunion nicht mehr vorübergehen. Auch an sie erging deshalb die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz in Genf. Dort forderte ihre Delegation die vollständige Abrüstung und schlug die Entlassung sämtlicher Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die Vernichtung der Waffen, die Schließung der Rüstungsbetriebe und die Sperrung der Mittel für die militärische Ausrüstung vor. Selbstverständlich verfielen diese Vorschläge, ebenso wie der Vorschlag einer wenigstens teilweisen Abrüstung, der Ablehnung durch die übrigen Konferenzteilnehmer, wie es ja bei der Zusammensetzung der Konferenz nicht anders zu erwarten war. Damit wurde aber zugleich die Unaufrichtigkeit der Beteuerung der Friedensliebe, die die Vertreter der imperialistischen Mächte so oft im Munde führten, aufgedeckt.

Trotz dieser Mißerfolge im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ließ die Sowjetunion keine Möglichkeit ungenutzt. So erklärte sie ihre Bereitschaft, dem Briand-Kellogg-

Pakt zur Ächtung des Krieges als Mittel der internationalen Politik beizutreten, obgleich sie sich über den praktischen Wert dieses Paktes keinerlei Illusionen hingab. Sie sah jedoch darin ein Mittel, vor allen Paktteilnehmern die wichtigste Frage für den Kampf um den Frieden, die Frage der Abrüstung, aufzurollen.

Als 1932 die internationale Abrüstungskonferenz in Genf zusammentrat, war es wiederum nur die Sowjetdelegation, die ernsthaft für den Frieden eintrat, während die kapitalistischen Länder mit ihrer Teilnahme lediglich ihre Aufrüstungen tarnen wollten. Durch den Vorsitzenden dieser Delegation gab die UdSSR schon damals der Überzeugung Ausdruck, daß die sicherste Garantie für den Frieden lediglich eine allgemeine und restlose Abrüstung ist.

Nachdem in Deutschland mit dem Faschismus die Agenten der aggressivsten und räuberischsten Fraktion des Monopolkapitals an die Macht gekommen waren, verstärkte die Sowjetunion ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens zunächst auf der Grundlage des Strebens nach kollektiver Sicherheit und, als sich die kapitalistischen Staaten an einer Politik der kollektiven Abwehr einer faschistischen Aggression nicht interessiert zeigten, durch den Abschluß von zweiseitigen Nichtangriffspakten. Während Hitlerdeutschland durch das Verlassen der Abrüstungskonferenz und den Austritt aus dem Völkerbund sich nun auch offiziell den Weg zu einer ungehemmten Aufrüstung frei machte, folgte die Sowjetunion der Einladung von 30 Staaten, dem Völkerbund beizutreten. Ohne dessen Bedeutung zu überschätzen, war sie nach einer Äußerung Stalins der Ansicht,

„daß man in so unruhigen Zeiten auch eine so schwache Organisation wie den Völkerbund nicht ignorieren soll“.

Um ihren Friedenswillen vor aller Welt zu dokumentieren, ging die Sowjetunion nach dem Scheitern ihrer Verhandlungen mit England und Frankreich so weit, selbst mit ihrem erklärten, bittersten Feind einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Über die Gründe, die die Sowjetregierung veranlaßten, trotz der mehrfach erwiesenen Vertragsbrüchigkeit des faschistischen Deutschlands dessen Angebot anzunehmen, hat sich Stalin wenige Tage nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion geäußert:

„Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung: daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhän-

gigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gerade ein solcher Pakt. Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen.“<sup>5)</sup>

Noch während der zweite Weltkrieg auf ihrem Territorium wütete, wurden von der Sowjetunion mit ihren Verbündeten die Richtlinien für ein friedliches Zusammenleben der Völker nach Beendigung des Krieges festgelegt, die ihren Niederschlag in den verschiedenen Erklärungen und Abkommen fanden.

Bereits in der Atlantik-Charta wurde zunächst von Roosevelt und Churchill die Versicherung abgegeben,

„die Zusammenarbeit aller Nationen im Interesse des Fortschritts und der sozialen Sicherheit zu fördern; den Frieden der Welt im Zeichen der Sicherheit und der Freiheit von Furcht und Not zu schützen; dafür Sorge zu tragen, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt in der internationalen Politik unterbleibt und die Rüstungslast der Völker erleichtert wird“.

Erhöhtes Gewicht erhielt diese Atlantik-Charta durch den Beitritt der UdSSR und Chinas.

Auch in den Erklärungen von Teheran und Jalta wurde der festen Entschlossenheit der drei Mächte Ausdruck gegeben, nach der Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Frieden auf Generationen zu sichern.

Die Charta der Vereinten Nationen bezeichnet ebenfalls als Ziel und Absicht der Vereinten Nationen die Aufgabe,

„Frieden und Sicherheit unter den Völkern aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Drohungen gegen den Frieden und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Verletzungen des Friedens zu ergreifen und mit friedlichen Mitteln sowie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des internationalen Rechtes eine Bereinigung oder Verständigung in internationalen Streitfällen oder in Situationen zustande zu bringen, die zu einem Bruch des Friedens führen könnten.“

Seit der Verkündung dieser Grundsätze aber wurde Westdeutschland entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens remilitarisiert, wurde auf westlicher Seite der

<sup>5)</sup> J. W. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 1946, S. 7/8.

aggressive Nordatlantik-Pakt abgeschlossen, wurden die verurteilten Kriegsverbrecher Nazideutschlands in Westdeutschland rehabilitiert, sprach Adenauer mit Billigung der herrschenden Kreise in den USA offen die Absicht aus, „die Sowjetzone zu befreien“, d. h. den Teil Deutschlands, in dem die Grundsätze des Potsdamer Abkommens, der letzten gemeinsamen Entschließung der Verbündeten, verwirklicht wurden, wieder unter die Gewalt der Konzernherren zu bringen.

Gewinnen angesichts einer solchen Entwicklung die Worte Sigmund Freuds, mit denen er 1932 namens vieler deutscher Ärzte den Aufruf von Henri Barbusse und Romain Rolland zur Abhaltung eines antimilitaristischen Kongresses begrüßte, nicht eine erschreckende Aktualität?

„Trotz der fortdauernden Vernichtung von Kulturwerten durch den Krieg und obwohl die Greuel des Weltkrieges nicht unvergessen blieben, sind schon wieder Kräfte am Werk, die den Ausweg aus der Wirtschaftskrise in einem neuen Krieg gehen wollen...“<sup>6)</sup>

Demgegenüber konzentrierte die Sowjetunion, wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, auch nach der Niederwerfung des Hitlerfaschismus ihre Kraft auf die Sicherung des Weltfriedens. Wie damals vertrat sie auch nach 1945 konsequent die Forderung nach einer vollständigen Abrüstung. Und doch besteht ein gewaltiger Unterschied zu früher: sie stand und steht in diesem Kampfe nicht mehr allein und isoliert gegen die zumindest in dieser Frage geschlossene Front der Kriegsinteressenten. Hinter ihr steht das gesamte Friedenslager der sozialistischen Staaten, stehen auch jene Länder, die in und nach dem zweiten Weltkrieg ihre nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpft haben. Hinter ihr stehen die ebenfalls nach Millionen zählenden Anhänger der Weltfriedensbewegung, unabhängig von ihrer Weltanschauung und sozialen Herkunft, auch in den kapitalistischen Ländern. Gestützt auf diese geballte Kraft, war es der Sowjetunion möglich, überall da die Funken auszutreten, wo sie einen neuen Weltbrand zu entzünden drohten.

### III.

#### Der Kampf der Sowjetunion um die Abrüstung nach dem zweiten Weltkrieg

Nachdem die Sowjetarmee und ihre Verbündeten den Hitlerfaschismus niedergeworfen hatten, ging das unermüdete Bestreben des sowjetischen Volkes und seiner Regierung dahin, nunmehr die Grundlagen eines dauerhaften Friedens in der Welt zu schaffen. Vor allem in den Vollversammlungen der UNO vertrat die UdSSR den Gedanken der allgemeinen

<sup>6)</sup> Spalt, a. a. O., S. 104.

und totalen Abrüstung als sichersten Weg zur Erreichung dieses großen Zieles. Immer und immer wieder benutzten die sowjetischen Vertreter das Forum der UNO, um vor der gesamten Weltöffentlichkeit entsprechende Vorschläge zu machen.

Dabei ließ es die UdSSR allerdings nicht nur bei Worten bewenden; sie selbst gab durch mehrfache Verminderung ihrer Truppenstärke, durch die Räumung ihrer beiden einzigen militärischen Stützpunkte auf ausländischem Boden, durch ihre Bereitschaft, der NATO beizutreten und damit deren aggressiven Charakter zu beseitigen, durch die 1958 von ihr einseitig durchgeführte Einstellung der Atomwaffenversuche, durch ihre entschiedene Haltung im Suez-Konflikt und bei vielen anderen Gelegenheiten zu erkennen, wie ernst es ihr um die Erhaltung des Weltfriedens zu tun ist. Auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten allerdings ist die Bereitschaft zu ähnlichen Friedens- und Abrüstungstaten bisher leider nicht zu verzeichnen gewesen; sie haben im Gegenteil bislang noch immer alle Bemühungen der UdSSR, konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren, durch ihre hinhaltende Verhandlungsführung hintertrieben und statt dessen die Auf-  
rüstung unablässig fortgesetzt und gesteigert.

Die von den USA diktierte Taktik, in der Vollversammlung der UNO die endgültige Lösung der Abrüstungsfrage durch deren Auflösung in Einzelfragen zu verschleppen, bot nicht die Gewähr für internationale Sicherheit. Um zu verhindern, daß diese für die gesamte Menschheit so wichtige Angelegenheit in endlosen Debatten und Auseinandersetzungen versandete, brachte beispielsweise 1952 auf der 6. Tagung der UNO-Vollversammlung die sowjetische Delegation acht Anträge über „Maßnahmen gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, zur Festigung des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern“ ein, die vor allem die derzeit wichtigsten Probleme betrafen. So sollten

1. die Teilnahme am aggressiven Atlantikblock und die Schaffung von Heeres-, Kriegsmarine- und Luftflottenstützpunkten in fremden Gebieten für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen erklärt werden;
2. die Feindseligkeiten in Korea unverzüglich eingestellt und alle fremden Truppen einschließlich der ausländischen Freiwilligeneinheiten binnen drei Monaten aus Korea zurückgezogen werden;
3. ein bedingungsloses Verbot der Atomwaffe ausgesprochen und die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle beschlossen werden;
4. den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates die Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte um ein Drittel binnen eines Jahres empfohlen werden;

5. von allen Staaten vollständige offizielle Angaben über den Stand ihrer Rüstungen und Streitkräfte einschließlich Angaben über Atomwaffen und Militärstützpunkte in fremden Gebieten vorgelegt werden;
6. die Bildung einer internationalen Kontrollbehörde über die Einhaltung der Beschlüsse empfohlen werden;
7. alle Staaten — unabhängig von ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur UNO — zu einer Weltkonferenz, als deren Termin der 15. Juli 1952 empfohlen wurde, einberufen werden, um die oben angeführten Fragen zu prüfen;
8. ein Friedenspakt zwischen den fünf Großmächten (USA, Großbritannien, Frankreich, China und der Sowjetunion) abgeschlossen und an alle anderen friedliebenden Staaten appelliert werden, diesem Friedenspakt beizutreten.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde ein Teil der Vorschläge, nämlich die Punkte 1, 2 und 8, von den Vertretern der imperialistischen Staaten und ihren Anhängern abgelehnt. Die übrigen Punkte wurden dem Abrüstungsausschuß überwiesen, wo man sie begraben glauben konnte.<sup>7)</sup> Man kann den Westmächten die Berechtigung einer solchen Annahme nicht absprechen, wenn man dagegenhält, daß der Rechtsausschuß der UNO-Vollversammlung nicht weniger als 14 Monate gebraucht hatte, um in seinem Bericht den von der Sowjetunion ebenfalls schon auf der 5. Tagung der Vollversammlung eingebrachten Antrag auf eine genaue Definition des Begriffs „Aggressor“ abzulehnen!

Im gleichen Jahre 1952 unterbreitete die Sowjetregierung den Regierungen der im zweiten Weltkrieg mit ihr verbündet gewesenen Mächte den Vorschlag, durch einen Friedensvertrag mit Deutschland dem gefährlichen und unnatürlichen Zustand ein Ende zu bereiten, daß sieben Jahre nach der faktischen Beendigung des Krieges noch immer kein Frieden geschlossen war. Inzwischen sind weitere acht Jahre vergangen, ohne daß hierin eine Änderung eingetreten ist. Wohl aber hat die Entwicklung in Westdeutschland und in Westberlin die Befürchtungen der Sowjetunion hinsichtlich der aggressiven Haltung des Bonner Staates gerechtfertigt, ja sie weit übertroffen. Die Spaltung zwischen den zwei deutschen Staaten hat sich infolge der von Amerika unterstützten starren Haltung Adenauers und seiner Clique weiter vertieft. Der letzte Entwurf eines Friedensvertrages, den die Sowjetunion vorlegte, trägt der dadurch eingetretenen Entwicklung Rechnung, indem vorgeschlagen wird, den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen, da unter den derzeitigen Verhältnissen eine Wiedervereinigung erst nach der Erfüllung der im Friedensvertragsentwurf vorgesehenen Maßnahmen durch Westdeutschland möglich ist.

<sup>7)</sup> Nach „Neue Zeit“ Nr. 4/1952.

Obwohl die Außenminister-Konferenz in Genf im Jahre 1959 durchaus nicht alle Erwartungen erfüllt hat, die man auf sie gesetzt hatte — eines hat sie doch bewirkt: In der politischen Atmosphäre machte sich eine Entspannung fühlbar, die für den Besuch Chruschtschows in Amerika gute Voraussetzungen schuf. Vor allem aber hatte die neue Großtat der sowjetischen Wissenschaft im September, also unmittelbar vor der Abreise des sowjetischen Ministerpräsidenten, der Welt klargemacht, daß ein stures Festhalten an der „Politik der Stärke“, ein Pochen auf eine gar nicht vorhandene Überlegenheit, der Sowjetunion gegenüber nicht mehr am Platze ist.

Das Gastgeschenk, das Nikita Chruschtschow mit nach Amerika brachte, war zwar tatsächlich nichts Neues in Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetunion sich seit nunmehr fast 43 Jahren um eine wirkliche Abrüstung bemüht hat. Und doch war insofern die Situation neu, als jetzt Chruschtschow bei seiner programmatischen Rede vor der Vollversammlung der UNO am 18. September 1959 mit berechtigtem Stolz sich der Eroberung des Weltraumes durch die sowjetischen Mondraketen bewußt sein konnte, als er erklärte:

„Der Gedanke der allgemeinen Vollabrüstung wird nicht zum erstenmal von der Sowjetunion angeregt. Schon in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg schlug die Regierung unseres Landes ein entfaltetes Vollabrüstungsprogramm vor. Damals pflegten die Gegner der Abrüstung gern zu behaupten, die Sowjetunion habe diese Vorschläge gemacht, weil sie ein wirtschaftlich und militärisch schwacher Staat sei. Konnte diese falsche These damals jemanden täuschen, so ist es heute jedermann klar, daß die Redereien von einer Schwäche der Sowjetunion absurd sind.“

Neu ist aber auch, daß

„zum ersten Male in der Geschichte der Fall eingetreten ist, daß die militärisch überlegene Seite die allgemeine und radikale Abrüstung vorschlägt.“<sup>8)</sup>

Was besagt die Deklaration der Sowjetregierung? — Für die Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird eine Frist von vier Jahren vorgeschlagen. Die rechtzeitige und fristgemäße Durchführung soll von einem internationalen, unter Beteiligung aller Staaten errichteten Kontrollorgan beobachtet werden. Ihm sollen alle materiellen Voraussetzungen geboten sein, die für die Durchführung einer strikten Kontrolle erforderlich sind. Dabei müssen die Funktionen und Vollmachten dieses Organs dem Charakter der zur Durchführung gelangenden Abrüstungsmaßnahme entsprechen.

<sup>8)</sup> Georg Hansen, Abrüstung — die wichtigste Frage, in „Deutsche Außenpolitik“ 1959, Heft 11, S. 1120.

In einem Interview, das der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR dem Politischen Direktor der französischen Zeitschrift „Horizont“, Pierre Cot, gewährte, gab Chruschtschow hierzu noch nähere Erläuterungen. So muß sich die Kontrolle in der ersten Etappe des vorgeschlagenen Programms auf eine Überprüfung der Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen herkömmlicher Art beschränken. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Abrüstung wird sich auch die Kontrolle ausweiten und in Form und Methoden verändern. Allerdings lehnte Chruschtschow in dieser Unterredung nochmals die Einführung einer Kontrolle ohne gleichzeitige Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung ab:

„Kontrolle ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die Staaten zu überprüfen... Wir wollen aber nicht, daß in unserem Lande unter dem Deckmantel von Kontrolle Spionageangaben gesammelt werden.“<sup>9)</sup>

In den einzelnen Phasen der Abrüstung sollen nach dem Vorschlag der Sowjetunion folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

#### ● Erstes Stadium:

Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China auf 1 700 000 Mann, in Großbritannien und Frankreich auf je 650 000 Mann. Ebenso soll die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte anderer Staaten nach einer besonderen Vereinbarung reduziert werden.

Reduzierung der Rüstungen und technischen Kriegsmittel, und zwar insoweit, daß die restlichen Rüstungsbestände dem festgesetzten Stand der Streitkräfte entsprechen.

● Im zweiten Stadium sollen die restlichen Streitkräfte der Staaten, auch die auf fremden Territorien befindlichen Truppen und das technische Personal, entlassen und sämtliche Militärstützpunkte auf fremden Territorien aufgelöst werden.

● Im dritten Stadium endlich soll die Abrüstung mit der Vernichtung der Kern- und Raketenwaffen jeder Art und der Liquidierung des materiellen Teils der Luftwaffe vollendet werden.

Ferner sollen die Erzeugung, der Besitz und die Bevorratung von chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln verboten und alle bei den einzelnen Staaten vorhandenen Vorräte eingezogen und unter internationaler Kontrolle vernichtet werden.

Waffen und Kriegsgeräte dürfen nicht neu entwickelt werden; wissenschaftliche Untersuchungen für Kriegszwecke werden verboten.

<sup>9)</sup> „Presse der Sowjetunion“ Nr. 14/1960, S. 302.

Verboten werden soll ferner die vormilitärische und militärische Ausbildung, Einberufungen zu Übungen sollen eingestellt und die Kriegsministerien, Generalstäbe, alle militärischen und militarisierten Organisationen aufgelöst werden.

Durch Gesetz soll in allen Staaten jeder Militärdienst aufgehoben und die Wiederherstellung militärischer und militarisierten Institutionen und Organisationen in offener oder getarnter Form verboten werden.

Die Zuweisung von Mitteln für militärische Zwecke in jeder Form soll eingestellt werden.

Um von vornherein schon den von den Westmächten möglicherweise vorgebrachten Einwänden zu begegnen, erklärte Chruschtschow die Bereitschaft der Sowjetunion,

„sich mit anderen Staaten über entsprechende teilweise Schritte zur Abrüstung und Festigung der Sicherheit zu verständigen“.

Als deren wichtigste bezeichnete er

1. die Schaffung einer Kontroll- und Inspektionszone bei Reduzierung der ausländischen Truppen auf den Territorien der entsprechenden Länder Westeuropas;
2. die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;
3. Abzug sämtlicher ausländischer Truppen von den Territorien europäischer Staaten und Auflassung der Militärstützpunkte;
4. den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages;
5. ein Abkommen zur Frage der Verhütung eines Überraschungsangriffes eines Staates auf einen anderen Staat.

In der Frage der Einstellung der Versuche mit Kernwaffen allerdings gibt es für die Sowjetregierung kein Kompromiß. Es ist die Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft, die aus den Worten Chruschtschows spricht, wenn er deren sofortige Einstellung für immer und ewig fordert. Es ist die gleiche Sorge nicht nur um die lebenden Menschen, sondern auch um die kommenden Generationen, wie sie uns auch aus den Appellen Albert Schweitzers entgegenklingt.

Daß auf seiten der Abrüstungsgegner besonders die Forderung nach Auflassung der Militärstützpunkte eine schockierende Wirkung gehabt hat, zeigt sich in einer Stellungnahme des militärischen Experten der „New York Times“, Hanson W. Baldwin, der damit wohl die Meinung des amerikanischen Kriegsministeriums zum Ausdruck bringt:

„Die Beseitigung der amerikanischen Militärstützpunkte im Auslande würde nicht nur die militärische Macht der USA beeinträchtigen, sondern auch ihren politischen Einfluß, besonders in Asien.“<sup>10)</sup>

10) Georg Hansen, a. a. O.

Vor der Vollversammlung der UNO wurde noch ein anderer Abrüstungsplan vorgelegt und zwar von dem britischen Außenminister Selwyn Lloyd, der in manchen seiner Punkte für den oberflächlichen Betrachter sogar einige Ähnlichkeiten mit dem sowjetischen Abrüstungsvorschlag aufzuweisen scheint. Trotzdem tritt der Unterschied zwischen beiden bereits in der Formulierung der Vorschläge zutage, die zugleich Ausdruck der unterschiedlichen Stellung der beiden Staatsmänner ist.

Während im sowjetischen Vorschlag für das erste Stadium bereits konkrete Maßnahmen für eine Truppenreduzierung als Beginn einer völligen Abrüstung vorgeschlagen werden, befaßt sich der ebenfalls in drei Phasen aufgeteilte Plan Lloyds in der ersten Phase lediglich mit unverbindlichen Vorschlägen einer Kontrolle. Es ist z. B. nicht abzusehen, welchen Erfolg für eine wirksame Abrüstung die von Lloyd in Absatz 2 seines Planes vorgeschlagene Einberufung einer

„technischen Konferenz zur Prüfung der Möglichkeit der Beendigung der Verwendung spaltbaren Materials für die Rüstungsfabrikation“

haben sollte. Die friedliebende Menschheit ist der Auffassung, daß die „Verwendung spaltbaren Materials in der Rüstungsindustrie“ durchaus nicht dem Fortschritt und der Entwicklung der Menschheit dient, sondern lediglich der Erhöhung des Maximalprofits der Rüstungsindustriellen. Sie erkennt in dem Verlangen der Sowjetunion nach sofortiger Einstellung der Versuche mit nuklearen Waffen die einzige Möglichkeit, die gesamte Menschheit vor dem Schicksal von Hiroshima zu bewahren.

Wenn in Lloyds Plan in allen drei Phasen besonderer Wert darauf gelegt wird, daß der Weltraum nur für friedliche Zwecke Verwendung finden soll, so sei hier nur daran erinnert, daß die Sowjetunion, die z. Z. das unbestreitbare Übergewicht im Weltraum besitzt, niemals die Absicht geäußert hat, diese Überlegenheit für militärische Zwecke dienstbar zu machen, sondern daß vielmehr in den Köpfen amerikanischer Militärs Projekte dieser Art entstanden sind.

Während in der dritten Phase hinsichtlich der Fabrikation von chemischen und bakteriologischen Waffen zwischen beiden Plänen eine gewisse Übereinstimmung besteht, sind Lloyds Vorschläge im Hinblick auf die Verminderung der konventionellen Rüstungen und der Zahl der Streitkräfte ziemlich dehnbar. Während der sowjetische Plan für diesen Zeitpunkt die endgültige Liquidierung aller Streitkräfte bereits abgeschlossen sehen will, sieht der englische Plan lediglich

„die endgültige Verminderung der konventionellen Rüstungen und der Zahl der Streitkräfte auf einen Stand, der ausschließlich für die innere Sicherheit erforderlich ist“.

vor. Wer aber soll darüber entscheiden, wie hoch diese Zahl für den einzelnen Staat ist? Sie dürfte auf alle Fälle für die kapitalistischen Staaten, die solcher Streitkräfte zur Niederhaltung der Arbeiterklasse bedürfen, weitaus höher liegen als etwa für die sozialistischen Staaten, bei denen die Beherrschung der Mehrheit durch die Minderheit beseitigt ist.

Auch in der Frage der Militärbudgets, für die Lloyd lediglich „die Schaffung einer internationalen wirksamen Kontrolle“ verlangt, während nach dem sowjetischen Programm diese Mittel in vollem Umfange für friedliche Zwecke nutzbar gemacht werden sollen, besteht ein wesentlicher Unterschied in den beiderseitigen Auffassungen. Von der Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die in den Ausführungen Chrustschows vor der UNO ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen, ist in dem Plane Selwyn Lloyds überhaupt keine Rede.

In dem krampfhaften Bestreben, ihre „Politik der Stärke“ aufrechtzuerhalten, versuchten Adenauer und seine Gefolgsleute, den sowjetischen Abrüstungsplan als „Propagandatricks“ abzutun. Nun, die Sowjetunion hat durch die neuerliche Entlassung von 1,2 Millionen Soldaten bereits den Beweis erbracht, wie ernst sie es mit der Durchführung der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen nimmt. Sollte aber die westdeutsche Regierung trotzdem noch an der Aufrichtigkeit der sowjetischen Vorschläge zweifeln, gäbe es doch ein recht einfaches Mittel, diese zu erproben. Wie wäre es z. B., wenn die Regierung der Bundesrepublik auf den von der Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Oktober 1959 unterbreiteten Vorschlag, einen Rüstungsstopp zwischen beiden deutschen Staaten zu vereinbaren und weitere der Entspannung dienende Maßnahmen durchzuführen, einginge? Oder wie wäre es, wenn darüber hinaus die Westmächte dem Beispiel der Sowjetunion hinsichtlich der Verminderung der Streitkräfte erst einmal folgten?

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben in Moskau dem sowjetischen Abrüstungsvorschlag ohne Einschränkung zugestimmt; die Weltöffentlichkeit hat die Initiative der Sowjetunion begeistert begrüßt, und selbst der Abrüstungsausschuß des amerikanischen Senats mußte in seinem Überblick über die Tätigkeit der UNO-Vollversammlung auf dem Gebiete der Abrüstung zugeben, daß durch den Vorstoß der Sowjetunion das Abrüstungsthema auf der 14. Vollversammlung Priorität erlangt habe. Nach einem TASS-Kommentar zur Abrüstungsfrage (veröffentlicht in „Presse der Sowjetunion“ Nr. 24/1960)

„machen die Verfasser der Übersicht darauf aufmerksam, daß die Abrüstungsfrage Hauptthema der Debatte auf der 14. Tagung der UNO-Vollversammlung war und daß die Stellungen der Vertreter von 64 Ländern zu dieser Frage den allgemein verbreiteten Wunsch widerspiegeln, einen Fort-

schritt in der Abrüstung und ein Verständnis für die damit verbundenen Probleme zu erreichen“.

Der Kommentar kritisiert allerdings mit Recht das Schweigen darüber, welche praktischen Schritte die einzelnen Staaten in den letzten Monaten zur Durchführung der einstimmig beschlossenen Resolution der Vollversammlung über die allgemeine und vollständige Abrüstung unternommen haben. In diesem Falle, so meint der Kommentar, hätten sie nicht an dem „sehr großen Entschluß, den ein Land seit Beendigung des zweiten Weltkrieges gefaßt hat“, wie ihn die „New York Times“ bezeichnet, vorübergehen können. Sie hätten bei einer objektiven Analyse wahrscheinlich auch den Appell des Obersten Sowjets „entsprechend gewürdigt und der Aufforderung, praktische Schritte zur Erlösung des Volkes von den Rüstungslasten zu unternehmen, Folge geleistet“. Dabei geht der Kommentar auch auf den Verlauf der Dreimächte-Konferenz in Genf über das Verbot der Kernwaffenexperimente ein; er stellt fest, daß in der westlichen Presse immer öfter Eingeständnisse auftauchen,

„daß die Konferenz nicht durch Verschulden der sowjetischen Delegation in ihrer Arbeit gebremst wird“,

und beruft sich dabei auf das Zeugnis des Genfer Korrespondenten der „New York Times“:

„Der heimliche Unwille in den USA über die Verzögerung des Entschlusses, den viele erwarten, ist eine der großen Trophäen, die die Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen erbeutet hat. Selbst vielen, die den Methoden Moskaus keine Sympathie entgegenbringen, erscheinen die Amerikaner als negativ und die Russen als positiv handelnde Personen in diesem unendlich komplizierten Drama des Atomzeitalters.“

Der Kommentator läßt allerdings keinen Zweifel darüber, daß die Sowjetunion auf derartige Trophäen keinen Wert legt und daß man es vorziehen würde, wenn

„in dem unendlich komplizierten Drama des Atomzeitalters nur noch positiv handelnde Personen blieben“

— eine Auffassung, der wir uns nur aus vollem Herzen anschließen können. Das Weltfriedenslager darf mit Recht erwarten, daß auch die NATO-Staaten ihren guten Willen endlich einmal durch Taten erweisen und sich nicht nur auf Worte beschränken.

#### IV.

#### Die ökonomische und politische Bedeutung der Abrüstung

Welche ökonomischen Vorteile würden sich aus der endgültigen und vollständigen Abrüstung ergeben?

Schon der bürgerliche Nationalökonom Friedrich List, der Vorkämpfer einer fortschrittlichen Entwicklung in einer Zeit,

als das Bürgertum noch der Träger progressiver Gedanken war, hatte aus der Geschichte die Lehre gezogen, daß

„da, wo die Individuen sich im Kriegszustand befinden, der Wohlstand der Menschen auf seiner niedrigsten Stufe steht und daß er in demselben Verhältnis steigt, in welchem die Einigungen der Menschen wachsen.“<sup>11)</sup>

Je mehr freilich der Imperialismus zur Daseinsweise des Kapitalismus wurde, um so stärker wuchs nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in bürgerlichen Schichten, besonders der Intelligenz, die Erkenntnis, daß der Krieg nicht für alle das gleiche abschreckende Gesicht trug. Nach dem ersten Weltkrieg sprach ein französischer Philosophieprofessor, Felicien Challaye, bereits das aus, was auch in den Worten Chrustchows über die ökonomischen Vorteile der Abrüstung zum Ausdruck kommt:

„Die Industriellen, die sich an den Militärlieferungen und an den Rüstungsindustrien bereichern, die Journalisten und Abgeordneten, die in ihrem Solde stehen, die Führer, die begierig sind, ihre Namen in der Kriegsgeschichte der Menschheit zu finden, reden, wenn sie vom Krieg sprechen, von den ‚nationalen Interessen‘. Sie spannen so ihre Privatinteressen in den nationalen Rahmen ein. Das wahrhaft nationale Interesse ist, daß das Volk dem Blutbad und dem Untergang entrinne; das Einsparen der Ausgaben, die Kriegsvorbereitungen dienen, gestattet, wirksam gegen die Tuberkulose, die Arbeitslosigkeit zu kämpfen, dem schlimmsten Elend ein Ende zu bereiten, allen Kindern gute Milch, allen Menschen Brot, Kleidung, ein bequemes Heim und eine anständige Erziehung zu geben.“<sup>12)</sup>

Angesichts des Abbaus der Sozialversicherung in Westdeutschland zugunsten der Rüstungsausgaben könnte diese Feststellung 1959 gemacht worden sein.

Der englische Feldmarschall des ersten Weltkrieges Sir William Robertson bezifferte in einer Rede auf der Abrüstungskonferenz am 11. Juli 1931 in London die Kosten der Schlacht von Ypern einleitend Beschießung auf 70 bis 80 Millionen Pfund. Es läßt sich mit Leichtigkeit ausrechnen, daß bei einem Kostenaufwand von 140 oder 160 Millionen Mark die Londoner Slums, die Elendsquartiere des Ostens der Millionenstadt, hätten beseitigt werden können.

Die Rüstungsausgaben des Bonner Staates sind bisher mit 65 Milliarden DM veranschlagt bzw. verausgabt worden. So wurden z. B. für den Bau eines Panzerabstellplatzes „nur“ 38 Millionen DM bereitgestellt, während die Mittel für die dringend benötigten Krankenhaus- und Schulneubauten angeblich nicht aufzubringen sind. Dazu kommen noch die Ausgaben für die bei militärischen Übungen erwachsenden

Schäden, die sich z. B. allein bei den unter der Bezeichnung „Winterschild“ durchgeführten Manövern auf rund 5 Millionen DM beliefen.

Ähnlich wie in der Westzone sieht es auch in den anderen NATO-Ländern aus. So belief sich die Steigerung der Rüstungsausgaben für die NATO-Länder gegenüber 1958 in Amerika im vergangenen Jahre auf 13,5 Milliarden Dollar, während die gesamten direkten Rüstungsausgaben in den USA mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets, nämlich rund 60 %, verschlingen. In Frankreich sind es 42 %, in Westdeutschland 30 % und in England 25 % der jährlichen Haushalteinnahmen, die dem Moloch „Aufrüstung“ geopfert werden.

Demgegenüber erzielt die Sowjetunion durch die Anfang dieses Jahres bereits einseitig erfolgte Reduzierung ihrer Streitkräfte um ein Drittel eine jährliche Einsparung von 16 bis 17 Milliarden Rubel. Das soll aber nach dem Abrüstungsplan der Sowjetunion nur der Anfang sein; denn diese Erleichterung soll ja nach ihren Intentionen allen Völkern zugute kommen, die heute noch unter dem ungeheuren Druck der Rüstungslasten seufzen. Es ist bereits errechnet worden, daß

- man mit den im ersten Weltkrieg verbrauchten Geldern jedem Soldaten ein schönes Haus mit Garten hätte bauen können;
- der zweite Weltkrieg Mittel verschlang, die ausgereicht hätten, allen Familien der Erde ein Landhaus mit 5 Zimmern einzurichten;
- daß allein die Mittel, die in den letzten zehn Jahren von den Staaten für militärische Zwecke verwendet wurden, ausreichen, um mehr als 150 Millionen Häuser mit allen Bequemlichkeiten bauen zu können;
- daß, würden etwa 10 % des Militärbudgets der Großmächte in einen internationalen Fonds für wirtschaftliche Entwicklung gegeben, allen schwachentwickelten Ländern schnell und wirksam geholfen werden könnte, ihre Rückständigkeit zu überwinden.<sup>13)</sup>

Würden es die Bürger Westdeutschlands nicht begrüßen, wenn sie die 400 DM, die sie pro Kopf infolge der Verteuerung der Mieten, der Erhöhung der Verkehrstarife, der Verschlechterung der Sozialversicherung und der Preiserhöhungen jährlich allein für die Aufrüstung Westdeutschlands aufbringen müssen, wieder für sich verwenden könnten oder wenn diese Mittel sozialeren Zwecken zugeführt würden?

<sup>13)</sup> „Presse der Sowjetunion“ Nr. 13/1960, S. 230.

<sup>11)</sup> Aus: Friedrich List, Das nationale System, 1841; zit. in Spalt, a. a. O., S. 31.

<sup>12)</sup> Bei Spalt, a. a. O., S. 113.

Angesichts solchen unbestreitbaren Zahlenmaterials erscheint die Perspektive, die Nikita Chruschtschow in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung und in seinem Interview mit Pierre Cot<sup>14)</sup> in bezug auf die Verbesserung der Lebenshaltung für die Sowjetbürger und darüber hinaus für alle Menschen unseres Erdballs eröffnete, nicht utopisch. Es sind durchaus reale Möglichkeiten, wenn er als unmittelbare finanzielle Folge der Abrüstung die Tatsache betont, daß

„riesige materielle und finanzielle Mittel statt zur Erzeugung von Todeswaffen nun für Zwecke des Aufbaus verwendet werden können. Die Energie der Menschen kann auf die Schaffung geistiger und materieller Güter konzentriert werden, die die Arbeit und das Leben der Menschen schmücken und veredeln.

Die Verwirklichung des Programms der allgemeinen und vollen Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, kolossale Mittel für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern und Straßen, für die Produktion von Lebensmitteln und Industrieartikeln zu verwenden. Die frei gewordenen Mittel würden es ermöglichen, die Steuern wesentlich zu reduzieren, die Preise zu senken. Das würde sich günstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken, was die Millionen einfacher Menschen begrüßen würden.“

Welche ungeahnten Möglichkeiten für die Durchführung bisher für unreal gehaltener Projekte sich darüber hinaus für die Umwandlung der Erde ergeben würden, wenn es gelänge, die unvorstellbaren Energien des Giganten „Atom“ ausschließlich der friedlichen Entwicklung nutzbar zu machen, ist heute überhaupt noch nicht abzusehen. Wenn es gelingt, durch völlige Abrüstung zu friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit zu kommen, dann könnte mit Hilfe der frei werdenden Mittel mancher Plan verwirklicht werden, der jetzt noch fast unerfüllbar erscheint. Wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt, ist die Verwandlung wasserloser Wüsten in blühende Gärten ebenso möglich wie die Veränderung der klimatischen Verhältnisse auf der nördlichen Halbkugel unserer Erde, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Diese aber sind bei Durchführung der Abrüstung in allen Staaten verfügbar, da diese Projekte jeweils nur einen Bruchteil der jährlichen Rüstungsausgaben in Anspruch nehmen würden, die Menschheit aber dafür anstatt eines Lebens in Angst und Sorge Millionen Hektar fruchtbaren Bodens gewinnen könnte. Die Ausnutzung der Gezeiten Ebbe und Flut an den Küsten der Weltmeere zur Energiegewinnung würde die Kohle, die für chemische Zwecke immer stärkere Bedeutung gewinnt, als Energieträger nahezu überflüssig machen können, ein Problem, mit dessen Realisierung sich sowjetische Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker bereits beschäftigen.

14) s. S. 25.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die Durchführung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Abrüstungsplanes auch den ökonomischen Interessen aller Menschen dienen würde.

\*

Die Durchführung der umfassenden sowjetischen Abrüstungsvorschläge würde die vom XXI. Parteitag der KPdSU nachgewiesene Möglichkeit, den Krieg endgültig aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft zu verbannen, zur Wirklichkeit werden lassen. Dabei müssen gerade wir Deutschen die Sowjetunion in ihren Friedens- und Abrüstungsbestrebungen besonders unterstützen, schon deswegen, weil es der aggressive deutsche Militarismus war, der Deutschland und Europa, ja fast die ganze Erde zweimal in einen mörderischen Krieg gestürzt und unsagbares Elend über Millionen von Menschen gebracht hat, der heute schon wieder drauf und dran ist, einen neuen Krieg vorzubereiten, und den es daher nun auch in Westdeutschland endgültig zu entmachten gilt. So hängt die Lösung der Deutschlandfrage aufs engste auch mit dem Problem der Abrüstung zusammen. Solange auf westdeutschem Boden Hitlergenerale regieren und NATO-Manöver mit sehr eindeutiger Zielsetzung durchgeführt werden können, ist an die Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands nicht zu denken.

Deutschland darf nicht ein drittes Mal zum Herd eines Weltkrieges werden, dessen Folgen nicht nur für die lebende, sondern für viele kommende Generationen überhaupt nicht abzusehen wären und für den die Bomben von Nagasaki und Hiroshima nur ein Vorspiel gewesen sein würden. Solange aber die Bonner Politik von den Vertretern des Revanchegeankens bestimmt wird, von Konzernherren, die dieses Mal mit atomaren Mitteln nun endlich das zu erreichen hoffen, was bereits zweimal mißlang, von Nazi-Generalen, die die im zweiten Weltkrieg durch die Rote Armee und ihre Verbündeten ihnen zugefügte Niederlage wieder rückgängig machen wollen, bleibt Westdeutschland der Hauptstörenfried in Europa. Deshalb und damit nicht wieder Millionen Söhne unseres und anderer Völker für die Interessen einiger weniger deutscher und amerikanischer Imperialisten verbluten, liegt eine allgemeine und umfassende Abrüstung, wie sie von der UdSSR vorgeschlagen wurde, im eigenen Interesse auch des deutschen Volkes selbst. Die Lösung unserer nationalen Frage wird also einen großen Schritt vorankommen, wenn es der Sowjetunion gelingt, mit ihrem Vorschlag auf totale Abrüstung durchzudringen.

Noch glaubt der „alte Mann in Bonn“, sich auf die „Politik der Stärke“ stützen zu können. Mit der gleichen greisenhaften, sturen Verbissenheit, mit der er bisher alle Vorschläge unserer Regierung ignorierte und die DDR als „nicht

existent“ behandelte, glaubt er, auch die Gipfelkonferenz torpedieren oder zumindest seiner Konzeption dort Geltung verschaffen zu können. Die mehr als 100 Vorschläge, die von unserer Seite nach Bonn gegangen sind, um die Kriegsgefahr auf deutschem Boden zu bannen und die beiden deutschen Staaten einander näherzubringen, sind dort auf keine Gegenliebe gestoßen. Die westdeutsche Regierung zieht der Entspannung die Politik des kalten Krieges vor, und zwar in der Hoffnung, früher oder später doch einmal durch „Druck auf den Knopf“ den heißen Krieg auslösen zu können.

Da es somit als unmöglich erscheint, mit der herrschenden Clique der Westzone ins Gespräch zu kommen, beschritt das Zentralkomitee der SED den einzig richtigen Weg und wandte sich unmittelbar an das Volk, vor allem an die Arbeiterklasse Westdeutschlands mit dem „Deutschlandplan des Volkes“, einem Plan, der in klaren, unmißverständlichen Worten noch einmal den Inhalt der von der DDR bisher unterbreiteten Vorschläge für eine deutsche Politik der Verständigung und des nationalen Kompromisses zusammenfaßt.

Es ist kaum möglich, im Rahmen dieser Arbeit noch einmal im einzelnen auf die vielfachen Versuche unserer Regierung einzugehen, durch eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten einen positiven Beitrag zur Entspannung und Abrüstung zu leisten. Deshalb sei hier nur verwiesen auf die wiederholten Vorschläge für einen Nichtangriffspakt zwischen den beiden deutschen Staaten, für die Verständigung über Umfang, Standort und Bewaffung der beiderseitigen Streitkräfte und für den Verzicht auf atomare Bewaffung und Aufrüstung. Das würde zugleich einen Anfang für die Durchführung des Rapacki-Planes bedeuten. Im „Deutschlandplan des Volkes“ wird noch einmal in eindringlichster Form dargelegt, welchen Beitrag zu einem positiven Ausgang der Gipfelkonferenz das gesamte deutsche Volk gerade auch durch die Förderung der Abrüstungsbestrebungen der UdSSR leisten kann. Daß hierbei die Lösung der Westberlin-Frage und — 15 Jahre nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands — der Friedensvertrag im Vordergrund unserer Erwartungen stehen müssen, ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage in Deutschland von selbst.

Wenn im „Deutschlandplan des Volkes“ festgestellt wird:

„Für das deutsche Volk besteht der Sinn der Gipfelkonferenz darin, daß dort Vereinbarungen im Sinne der friedlichen Koexistenz getroffen werden und den westdeutschen Revanchepolitikern und Militaristen eine Lektion erteilt wird, damit sie endlich verstehen, daß ihre Kriegspläne auf den Widerstand aller Völker der ganzen Welt stoßen und ein für allemal zum Scheitern verurteilt sind“.

so finden diese Worte einen lebhaften Widerhall bei allen wahrhaften deutschen Patrioten.

### Der Beitrag der Christen zum Kampf für Abrüstung und Frieden

Der Oberste Sowjet richtete an die Parlamente aller Staaten einen Appell, sich ihrerseits bei ihren Regierungen für die allgemeine und vollständige Abrüstung einzusetzen. Darin heißt es am Schluß, nachdem noch einmal auf die Gefahren des Wettrüstens der Staaten hingewiesen wurde und andererseits die ungeheuren Möglichkeiten angedeutet wurden, die die Durchführung der Abrüstung der Menschheit eröffnet:

„Der Oberste Sowjet der UdSSR verleiht der festen Zuversicht Ausdruck, daß dieses Ziel durchaus erreichbar ist. Gab es vor einigen Jahrzehnten noch nicht genügend Kräfte und Mittel zur Verwirklichung der Idee der vollständigen und allgemeinen Abrüstung, so ist diese Idee heute zum Banner gewaltiger Menschenmassen, ganzer Völker und Nationen geworden. Heute gibt es eine große Gruppe von Staaten, die konsequent für ihre Verwirklichung kämpfen. Die Lösung des Abrüstungsproblems liegt in den Händen der Menschen. Der Mensch hat verheerende Waffen hervorgebracht. Er kann und soll sie vernichten!“<sup>15)</sup>

Die Sowjetunion hat am 14. Januar 1960 der Welt den Beweis erbracht, daß sie gewillt ist, bereits jetzt mit der Durchführung der von ihr für das erste Stadium vorgeschlagenen Maßnahmen Ernst zu machen, ohne daß bisher freilich eine der anderen Großmächte diesem Beispiel guten Willens gefolgt wäre.

Der obenerwähnte Appell richtet sich zwar in erster Linie an die Adresse der Gremien, in deren Hand, wenigstens nach außen, das Schicksal der Staaten liegt. Doch sollten sich von diesem Appell alle Menschen angesprochen fühlen, in erster Linie auch die Christen. Denn gerade von dem Staat, der uns am nächsten liegt, dessen Bürger uns vielfach durch Bande des Blutes verbunden sind, geht die größte Gefahr aus, daß die in dem Appell aufgezeigte Katastrophe heraufbeschworen wird. Dort ist man am Werke, mit der Behauptung, die christlichen Ideale verteidigen zu müssen, einen neuen, einen dritten Weltkrieg vorzubereiten, der an Grauen die beiden vorangegangenen in noch unvorstellbarem Maße übertreffen würde.

Soll sich an Deutschland noch einmal das von Fontane einst in bezug auf England geprägte Wort „Sie sagen Christus und meinen Kattun“ bewahrheiten? Gibt es höhere christliche Ideale als den Frieden auf Erden und die Menschenliebe? Können diese verteidigt werden durch Kriege mit Atomwaffen? — Wir Christen, die wir uns durch die Tat zu diesen Idealen bekennen, indem wir durch unsere Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus dazu beitragen, daß jeder

15) „Presse der Sowjetunion“, Nr. 131/1959, S. 2942.

Mensch bereits auf Erden ein menschenwürdiges Dasein führen kann, sagen aus vollem Herzen „Nein“ zu diesem selbstmörderischen Vorhaben!

In der „Stimme der Gemeinde“, dem Sprachrohr bekennnistreuer westdeutscher evangelischer Geistlicher, zu deren Herausgebern u. a. Martin Niemöller, Prof. Iwand und Prof. Vogel gehören, wird in der Einleitung zu der Wiedergabe der beiden Abrüstungspläne ein entschiedenes Bekenntnis zur völligen Abrüstung und zur friedlichen Koexistenz abgelegt:

„Wir haben in unserer Zeitschrift nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir in der Abkehr von dem anachronistischen Gewaltdenken und in der Hinwendung zu einer friedlichen Verständigung zwischen den Völkern die einzige Chance sehen, nicht miteinander unterzugehen. Die totale Abrüstung, gestern noch als Utopie belächelt, ist morgen unsere einzige Lebensmöglichkeit.

Die vor der UN-Vollversammlung gehaltenen beiden Reden sind in unserer Tagespresse untergegangen. Warum wohl? Passen sie nicht in den Plan der Aufrüstung, der seit Monaten – im Gegensatz zur Weltentwicklung – von Bonn verstärkt vorangetrieben wird? Beinahe jeden Tag berichten unsere Zeitungen von einem neuen Geschwader, das in Dienst gestellt wurde, von Raketenbataillonen und von dem Verteidigungsminister als Waffeneinkäufer. Rüstung, Rüstung, Rüstung – mit der Zeitung bekommt sie der Bürger schon zum Morgenkaffee. Um so aufmerksamer sollten wir zur Kenntnis nehmen, wovon die Weltmeinung bewegt ist, und mit allen unseren Kräften teilnehmen an den Anstrengungen, endlich zur Abrüstung und zur Verständigung zu kommen. Täuschen wir uns nicht: die Elemente des Kalten Krieges sind bei uns unvermindert wirksam. Die Anhänger der Aufrüstung und der ‚Politik der Stärke‘ sind nicht gewillt, kampflös abzutreten. Bei der Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz fällt der öffentlichen Meinung eine entscheidende Rolle zu. Die Staatsmänner suchen Wege zur friedlichen Regelung der internationalen Streitfragen, weil die Völker das von ihnen erwarten. Auch in der Bundesrepublik muß der Geist der Verständigung endlich wirksam werden. Die Welt erwartet auch von ihr einen Beitrag zur Entspannung und nicht verstärkte Aufrüstung.“

Hier spricht die Stimme des wahren Christentums, dessen Verpflichtung es jederzeit sein sollte, für Frieden und Verständigung in der Welt einzutreten.

Den katholischen Geistlichen, die heute in der Bundesrepublik ebenso wie viele ihrer evangelischen Amtsbrüder nur zu leicht bereit sind, die Waffen des Atomkrieges genauso zu segnen wie in der Vergangenheit die konventionellen Waffen, rufen wir zu: „Besinnt Euch auf den Grund und Ursprung unseres Glaubens! Der Herr, der in der Stunde seiner Gefangennahme seinem Jünger gebot, das Schwert einzustecken, gab das Beispiel allüberwindender Menschenliebe. Wie wollt Ihr die Botschaft Christi glaubwürdig ver-

künden, wenn Ihr Liebe predigt und doch die Saat des Hasses in die Herzen austreut?“

Es gab und gibt jedoch in beiden christlichen Konfessionen mehr als genug Beispiele wahren, echten Christentums, denen zu folgen einem Christen besser ansteht, als unter dem Deckmantel der Religion dafür einzutreten, daß die Rüstungskonzerne ihre Gewinne bis ins Ungemessene erhöhen können.

14 katholische Vereinigungen in Frankreich erließen im April 1931 folgenden Aufruf:

„Wir Katholiken wünschen den Frieden, und warum? Die Stunde ist ernst und entscheidend für die Zukunft. Kaum sind 12 Jahre verflossen seit Beendigung eines Krieges, welcher der letzte sein sollte, und schon beunruhigen von neuem beängstigende Gerüchte die Völker, schon glaubt man vor neuen Verwicklungen zu stehen, und doch vervielfältigen sich die Bemühungen des internationalen Organs zur Verständigung der Völker. Wenn der Krieg noch nie so drohend war, hatte man auch noch nie so viele Friedenshoffnungen. Diese Morgenröte der Hoffnung begrüßen wir Katholiken von ganzem Herzen, glücklich, unsere Überzeugung auf die Basis der christlichen Lehre stellen zu können, auf die unsere Päpste beständig hinwiesen.

Schon 1894 verurteilte Leo XIII. ‚die drohende Gefahr der zunehmenden Kriegsrüstungen‘.

Noch mitten im Krieg, am 1. August 1917, noch vor Präsident Wilson, befürwortete Benedikt XV. ‚eine allgemeine und gleichzeitige Reduktion der Rüstungen‘ und verlangte, ‚daß rohe Waffengewalt durch die geistige Macht des Rechtes ersetzt werde‘.

Pius XI. erinnerte 1922 die Nationen daran, daß die wirkliche Friedensgarantie ‚nicht in einem Wald von Bajonetten, sondern in Gegenseitigkeit des Vertrauens und der Freundschaft liege‘.

Und wieder war es Pius XI., der in seiner Weihnachtsbotschaft von 1930 die Nation brandmarkte, ‚die sich heute noch mit dem Gedanken eines grauenhaften menschenmörderischen Krieges tragen sollte‘.

Die Ansichten der Katholiken sind diejenigen ihres Oberhauptes. Der christliche Patriotismus lehrt sie, in ihre Achtung und Liebe nach dem Worte des hl. Paulus alle Menschen einzuschließen, ohne Rücksicht auf Grenzen. Und in den internationalen Organisationen, welche von vielen noch immer als gewagt und illusorisch betrachtet werden, sehen sie die moderne Auslegung einer alten christlichen Idee.

Wir betrachten also den Völkerbund, die Schiedsgerichte und den internationalen Gerichtshof im Haag, den Kellogg-Pakt, trotz ihrer Mängel, als schätzenswerte Friedenswerkzeuge. Wir begrüßen als neues Friedensunterpfand die Abrüstungskonferenz, die 1932 in Genf zusammenkommen soll.

Der wachsame Patriotismus verlangt, daß das Abrüstungsproblem einig gehe mit der Sicherheit und schiedsgerichtlicher Austragung.

Wir sind überzeugt, daß die Friedenswerke vom immer wachsenden Friedenswillen aller Völker unterstützt werden müssen. Es ist daher notwendig, daß sich die Völker trotz der Grenzen kennen- und in loyaler und freier Aussprache sich verstehen lernen, um sich auch in Dingen, die sie von verschiedenen Gesichtspunkten sehen, zu verständigen...<sup>16)</sup>

Entspricht die eingangs des Manifests beschriebene Situation von 1931 auch weitgehend der heutigen, so eröffnen sich andererseits mit dem Abrüstungsplan der Sowjetunion weit- aus größere Möglichkeiten als damals, wenn die Staaten sich bereit finden, diese Möglichkeiten im Interesse der Völker zu nutzen.

Auch Papst Pius XII. wies in seiner Weihnachtsansprache 1939 darauf hin, daß ein wahrer Friede nur erreicht werden könne,

„wenn die Völker frei werden von der schweren Sklaverei der Rüstungen und von jener Macht, die nicht das Recht beschirmt, sondern es gewaltsam unterdrückt. Ein Friede, der nicht einer organischen und fortschreitenden Abrüstungsfrage grundsätzliche Bedeutung zuerkennt, muß notwendigerweise in sich widerspruchsvoll und ohne Lebenskraft bleiben...“<sup>17)</sup>

Auch auf evangelischer Seite finden wir in jedem Lande aufrechte Christen, die es ernst nehmen mit ihrer Verantwortung für den Frieden, mag man ihnen ihr mannhaftes Eintreten noch so sehr verübeln. An ihrer Spitze steht in unserer Zeit unbestritten der große Menschenfreund von Lambarene, der von Christen und Nichtchristen gleichermaßen verehrte Prof. Dr. Albert Schweitzer. Die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben, die den „guten Menschen von Lambarene“ nach Afrika trieb, die den Theologieprofessor und anerkannten Musikwissenschaftler noch einmal zum Medizin- studium in den Hörsaal führte, um mit seiner ärztlichen Kunst im schwarzen Erdteil den Elendesten zu helfen — sie zwang den Träger des Friedensnobelpreises, immer und immer wieder seine Stimme zu erheben für das Aufhören der Atomversuche als Vorläufer einer völligen Abrüstung. Welche Gefühle mögen ihn, für den Ethik die ins Grenzenlose erweiterte Verantwortung ist gegen alles, was lebt, beseelt haben, als Frankreich gerade in seiner Wahlheimat Afrika wiederum eine Atombombe zur Explosion brachte?!

Der unermüdete Einsatz des 85jährigen für den Frieden auf Erden, für die Abschaffung der das gesamte Leben gefährdenden Atomwaffen sollte allen Christen Vorbild werden für ihr eigenes Handeln. Denn gehandelt muß werden; mit dem Beten um den Frieden ist allein nichts getan.

„Man kann um den Frieden nicht bitten, wie man um Schönwetter bittet; man kann um den Frieden nicht betteln,

<sup>16)</sup> Spalt, a. a. O., S. 110/111.

<sup>17)</sup> ebenda, S. 134.

als handle es sich darum, den Frieden aus den Händen derer wie ein Almosen zu empfangen, die die Macht haben über Frieden und Krieg. Man muß um den Frieden ringen, man muß um ihn kämpfen, man muß den Frieden erzwingen“.

sagte Johannes R. Becher. 500 Millionen Unterschriften unter den Stockholmer Appell, der Erfolg der sowjetischen Intervention im Suez-Konflikt — solche und andere Tatsachen zeigen, daß dieser Kampf möglich und erfolgversprechend ist. Sollte der Wille der Völker nicht stärker sein als das demgegenüber doch verschwindend kleine Häuflein der am Kriege und seiner Vorbereitung interessierten Menschen, die allerdings heute noch in den imperialistischen Ländern die Macht besitzen?

Die Quäker, die heute nach Millionen zählende Glaubens- gemeinschaft, vermochten es im 17. Jahrhundert, als die Bewegung bei weitem noch nicht den heutigen Umfang besaß, sich unter Berufung auf das göttliche Friedensgebot gegen das absolute englische Königtum zu behaupten. Seitdem arbeiten sie aus der gleichen christlichen Verantwortung für den Frieden im Sinne William Penns, der den Indianern mit voller Berechtigung versichern konnte, daß es nicht die Gewohnheit der Quäker sei, ihre Nebenmenschen zu bekämpfen.

„Deshalb kommen wir unbewaffnet. Unsere Absicht ist nicht, Unrecht zu tun, sondern Gutes zu erweisen. Wir haben uns jetzt auf dem Weg des guten Glaubens und des guten Willens getroffen, so daß keine Seite die andere übervorteilen will, sondern in allem Offenheit, Brüderlichkeit und Liebe herrschen soll.“<sup>18)</sup>

Es besteht kaum Grund zu der Annahme, daß Chrustschow diese im Jahre 1681 zu den Indianern in Pennsylvania gesprochenen Worte kennt. Aber atmen seine Worte, die er in bezug auf die friedliche Koexistenz findet, nicht den gleichen Geist der Offenheit und Freundschaft? Und sollten diese nicht bei den zivilisierten Völkern des 20. Jahrhunderts die gleiche Anerkennung und Resonanz finden wie einst die Worte Penns bei den „wilden“, kriegerischen Indianern? Dabei wäre außerdem zu bedenken, daß die Welt zu irgendwelchem Mißtrauen gegenüber den Äußerungen sowjetischer Staatsmänner nicht den mindesten Grund hat, da bei ihnen Worte und Handlungen einander nicht widersprechen, während bei den Indianern ein solches Mißtrauen gegenüber den Weißen einigermaßen verständlich gewesen wäre.

Aus der Fülle der Beispiele der Beteiligung von Christen im Kampfe um die Abrüstung können im Rahmen dieser Arbeit nur einige der hervorragendsten Berücksichtigung finden. Zu ihnen gehören in vorderster Reihe Dr. Heine- mann und Pastor Martin Niemöller. Zu ihnen gehören

<sup>18)</sup> Spalt, a. a. O., S. 15/16.

unsere Freunde in Frankreich und der CSR, in Ungarn und Polen und die Träger und Teilnehmer der Prager Christlichen Friedenskonferenz. Sie alle und noch viele andere nehmen aktiven Anteil am Kampf um die Abrüstung durch ihre Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung, dieser großen, alle Völker der Erde erfassenden Bewegung, die als Gesamtorganisation Hunderte von Millionen umfaßt. Unabhängig von Weltanschauungen und politischen und sozialen Auffassungen bilden sie eine Einheit in dem Ziel: sich mit ganzer Kraft für die Erhaltung des Friedens einzusetzen.

\*

In Genf tagt seit dem 15. März wieder — wie schon einmal 1932 — eine Abrüstungskommission. Die Art der Verhandlungsführung, die Verschleppungstaktik der Westmächte, die dort Schwierigkeiten auf türmen, wo dem gesunden Menschenverstand keine erkennbar sind, läßt bei manchem die besorgte Frage aufkommen, ob diese Konferenz das gleiche sang- und klanglose Ende finden soll wie die vorangegangene. Der Ruf der Völker aber geht nach einem dauerhaften Frieden — die Sowjetunion hat in ihrem Abrüstungsvorschlag den heute allein gangbaren Weg dazu gezeigt. Sie kann sich auf die begeisterte Zustimmung aller Menschen stützen, die guten Willens sind — auch in den kapitalistischen Ländern.

Hier fühlen aber auch die Imperialisten ihre verwundbare Stelle. Ein offenes Ablehnen des sowjetischen Vorschlags können sie angesichts des Aufsehens, das die praktischen Friedenstaten der Sowjetunion in der ganzen Welt erregt haben, nicht mehr wagen. So versuchen sie denn, durch hinhaltende Manöver und allerhand Einwände die Geduld der sowjetischen Delegation zu erschöpfen, um dann mit erhobener Zeigefinger die alte Weisheit zu verkünden, daß es der Sowjetunion mit ihrem Abrüstungsvorschlag überhaupt nicht ernst gewesen sei und daß der „arme, bedrohte Westen“ deshalb weiter aufrüsten müsse.

Die Völker wollen aber nicht noch einmal erleben, daß Waffen geschmiedet werden, während der Mund der Diplomaten und Staatsmänner von Freundschaftsbeteuerungen und Versicherungen der Friedensliebe und des guten Willens überfließt. Die Sowjetunion ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen; die Menschheit kann erwarten und verlangen, daß der Westen diesem Beispiel folge, damit endlich das Wort von Moltke, daß „der ewige Frieden ein Traum sei und nicht einmal ein schöner“, ad absurdum geführt und für die gesamte Menschheit zur Wahrheit wird, was unsere Nationalhymne sagt:

„Laßt das Licht des Friedens scheinen,  
Daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint!“

- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leiboldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch - demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- 30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- 31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- 32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz

- 34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- 35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- 37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- 38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland

Verkaufspreis 0,50 DM